

# Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.2 - 61. Jahrgang

29. Januar 2011

## Gesundheit für alle: SPD startet Aktionswochen

Die Berliner SPD beteiligt sich aktiv an der bundesweiten Kampagne der SPD „Gesundheit für alle“, mit der die Bürgerinnen und Bürger über die schwarz-gelben Risiken und Nebenwirkungen aufgeklärt werden und die Bürgerversicherung vorgestellt wird.



SPD-Plakat zur Bürgerversicherung.

vorgestellt wird.

Die schwarz-gelbe Gesundheitsreform, die seit Jahresbeginn in Kraft ist, verunsichert die Bürgerinnen und Bürger, macht Gesundheit in Deutschland weiter teurer und vergrößert die Gerechtigkeitslücke im Gesundheitssystem. Die Alternative der SPD dazu heißt Bürgerversicherung.

Am 4. und 5. Februar 2011 finden landesweite, dezentrale Info-Aktionen der Berliner SPD statt, an denen über schwarz-gelbe Nebenwirkungen der Gesundheitsreform und über die auf die Patienten zukommenden Kosten informiert wird.

Die Berliner SPD wird weiterhin mit sogenannten Praxistagen, die vom 28. Februar bis 2. März in ganz Deutschland stattfinden, die Öffentlichkeit suchen: Mandats- und Funktionsträger der Partei gehen einen Tag lang in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen und arbeiten mit.

Die SPD Johannisthal/Niederschöneweide lädt am Montag, dem 28. Februar 2011, um 19.00 Uhr zu einer Diskussion mit dem SPD-Gesundheitspolitiker Thomas Isenberg im großen Saal des Nachbarschaftshauses „Villa offensiv“ (Erdgeschoss) in der Hasselwerderstraße 38 in Niederschöneweide.

➔ Mehr Infos: [www.buergerversicherung.spd.de](http://www.buergerversicherung.spd.de).

SPD-Klausur:

## „Die Stadt der Familien“

SPD-Fraktion will Angebote für Eltern und Kinder ausbauen

Wirtschaft, Arbeit, sozialer Zusammenhalt - diese Schwerpunkte hat die SPD-Fraktion auf ihrer Klausurtagung am vergangenen Wochenende einhellig bekräftigt. Einen besonderen Akzent haben die Abgeordneten bei der Familienpolitik gesetzt.

Mit Schulreform und kostenfreier Kita hat es zuletzt schon deutliche Verbesserungen für Familien gegeben. Jetzt soll das Betreuungsangebot weiter ausgebaut werden - mit einer Hortbetreuung für Kinder der fünften und sechsten Klassen, mit dem Ausbau der Ganztagschulen und günstigen Mittagessen. Vor allem Alleinerziehende, so der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller, hätten noch immer Schwierigkeiten, Familie und Arbeit unter einen Hut zu bringen. Kitas und langfristig auch Schulen sollen zu Familienzentren ausgebaut werden, in denen es Rat und Hilfe gibt. Unterstützt werden sollen aber auch Pflegebedürftige und ihre Angehörigen. An den Beratungen der Fraktion haben auch Prof. Bert Rürup und Bischof Markus Dröge teilgenommen.

Klaus Wowereit stellte auf der Fraktions-



Fraktionsklausur: Michael Müller und Bischof Markus Dröge.

Foto: Schwager

klausur eine Offensive für Fachkräfte und Ausbildung vor, um Berlin längerfristig als Standort für Industrie und Forschung auszubauen und Jugendlichen entsprechende Perspektiven zu geben.

Ein weiteres Thema war ein möglicher Verkauf der Immobilienholding BIH, in der Fonds der früher landeseigenen Bankgesellschaft gebündelt sind. Der Senat will sich am 8. Februar damit befassen, die SPD-Fraktion will Folgen und mögliche Risiken des Milliardenengeschäfts sehr sorgfältig abwägen, wenn alle Informationen vorliegen.

BS □

➔ siehe auch Seite 3

## Berlin setzt eigene Schwerpunkte

Wowereit kritisiert Debatte um Länderfinanzausgleich

Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit hat die Pläne der süddeutschen Länder kritisiert, den Länderfinanzausgleich mit einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht auszuhebeln. „Niemand sollte daran denken, die bundesstaatliche Solidarität aufzukündigen“, sagte Wowereit. „Der Länderfinanzausgleich hat sich über Jahrzehnte als Instrument bewährt, die vom Grundgesetz geforderte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland zu gewährleisten.“

Berlin werde die finanzielle Konsolidierungspolitik fortsetzen, betonte Wowereit. Allerdings werde das Land seine politi-

schen Schwerpunkte auch weiterhin selber setzen. „Für den Berliner Senat steht Bil-

### LIEBE LESERINNEN UND LESER,

DIE NÄCHSTE AUSGABE DER BERLINER STIMME ERSCHEINT NACH DEN WINTERFERIEN AM 19. FEBRUAR 2011.

IHRE REDAKTION

dung aus vielen Gründen ganz oben“, so Wowereit. „Auch Baden-Württemberg könnte sich die gebührenfreie Kita leisten, aber es hat sich für andere Prioritäten entschieden.“ Baden-Württemberg kauft Aktien des Stromerzeugers EnBW im Wert von 4,7 Milliarden Euro zurück.

BS □

# „Kommentare erwünscht“

Wahlprogramm-Entwurf wird im Februar veröffentlicht

**Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüsse haben ihre Vorschläge abgeliefert, derzeit entsteht daraus unter Leitung von Hella Dunger-Löper ein erster Entwurf des SPD-Wahlprogramms. In der zweiten Februarwoche soll er im Internet veröffentlicht werden. „Kommentare sind ausdrücklich erwünscht“, so Hella Dunger-Löper.**

„Transparent und partizipativ“ - so beschreibt sie den Weg zum Wahlprogramm. Zwei Schwerpunkte stehen thematisch im Mittelpunkt: „Gute Arbeit und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung“ und zweitens „Sozialer Zusammenhalt, Teilhabe und

Integration“. Hella Dunger-Löper: Der Entwurf wird jetzt in den Gliederungen der Partei diskutiert. Gleichzeitig wird es Programmforen für alle Mitglieder und Gespräche mit Experten aus gesellschaftlichen Gruppen geben. Damit soll ein lebendiger Diskurs über das Programm initiiert werden, der dann zu einem Programm führt, das auf dem Parteitag am 13. Mai beschlossen wird. Alle sind herzlich eingeladen, sich an diesem Prozess zu beteiligen!“

➔ Der Programmtext im Internet: [www.berlin-miteinander.de](http://www.berlin-miteinander.de) (ab 2. Februarwoche)

➔ Programmforen: s. Seite 15

## Enge Spielräume

Ulrich Nußbaum beim Kiezgespräch in Charlottenburg

**„Ich würde heute keine Wohnungsgesellschaft mehr verkaufen.“ Für diese klare Aussage erhielt Finanzsenator Ulrich Nußbaum Zwischenaplaus von den Gästen der gut besuchten Kiezdiskussion in Charlottenburg.**

Zuvor erfuhren die Anwesenden vom erst 2009 nach Berlin gezogenen Finanzsenator, dass er die Stadt auch privat zahlreichen internationalen Gästen schmackhaft macht. In Bezug auf die Berliner Imbisspezialitäten musste er jedoch passen. Ganz figurbetont gab er zu, sowohl die Currywurst als auch den Döner zu verschmähen.

Dann aber ging es ans Eingemachte und der Finanzsenator erklärte den Anwesenden gut verständlich die Bedingungen des Berliner Haushaltes und die Auswirkungen der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse auf das Land Berlin.

Die Zusammensetzung des Haushaltes sowohl auf Ausgaben- als auch auf Einnahmeseite wurde klar erläutert und die knappen Entscheidungsspielräume des Landes in der Vorbereitung des nächsten Doppelhaushaltes wurden allen Anwesenden deutlich.

Wichtige Kernfelder benannte der Finanzsenator insbesondere auf der Einnahmeseite: Durch intelligente Ansiedlungspolitik in zukunftsträchtigen Industriebranchen, wie z.B. der elektronischen Mobilität werden durch den Senat neue Arbeitsplätze und damit auch eine Verbesserung der Einnahmesituation vorangetrieben.

Dr. Ulrich Nußbaum scheute nicht vor klaren Aussagen zur schwierigen Finanzsituation des Bezirkes Charlottenburg-Wilmersdorf zurück und die Auseinanderset-



Ulker Radziwill und Finanzsenator Ulrich Nußbaum.

zung mit den Anwesenden war durch Sachlichkeit bestimmt.

Beeindruckend für den Finanzsenator war, dass die Anwesenden sich noch sehr gut an den letzten Auftritt des vorhergehenden Finanzsenators erinnern und sogar die Eckwerte der damaligen Präsentationen zitieren konnten.

Mehrfach wurde die Schwerpunktsetzung im Bereich der Bildungs- und Erziehungspolitik betont und die Diskussionen im Rahmen des Länderfinanzausgleiches mit anderen Bundesländern, z.B. an Fragen wie der Beitragsfreiheit des Kitabesuches, erläutert.

Einige Erfolge für den Bezirk konnte die Abgeordnete Ulker Radziwill den Bürgerinnen und Bürgern an diesem Abend verkünden: Nicht nur die Versorgung der Ziegen im von den Anwohner/innen geliebten Ziegenhof konnte gewährleistet werden, auch die baldige Eröffnung der momentan geschlossenen Jugendeinrichtung an der Schlossstraße wurde zugesichert. Wir hoffen, dass dies bis zu den Winterferien gelingt!

Carolina Böhm □

## Blumen am Grab von Johannes Rau



*„Mitglieder der Abteilung Rosenthaler Vorstadt in Mitte haben sich am vergangenen Sonnabend auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof an der Chausseestraße getroffen, um an Johannes Rau zu erinnern, der im Januar 80 Jahre alt geworden wäre. An seinem Grab, das auf dem Abteilungsgebiet liegt, legte Ulrich Davids ein Blumengebinde mit der Aufschrift „Wir erinnern uns gern an Dich - SPD Rosenthaler Vorstadt“ niederzulegen. Sascha Wendling, Stadtführer und SPD-Mitglied, berichtete vom Wirken und Tun von Johannes Rau mit einigen Anekdoten. Im Anschluss an eine Schweigeminute führte Sascha Wendling über den Dorotheenstädtischen Friedhof zu vielen bekannten und unbekanntenen Gräbern von bedeutenden Baumeistern, Wissenschaftlern, Ärzten, Politikern, Künstlern und Schriftstellern. Im Frühjahr werden weitere „Friedhofspaziergänge“ im Abteilungsgebiet folgen.“*

Foto: Peter Fäßler

## POLITIK PERSÖNLICH

**Barbara Loth**, stellvertretende Landesvorsitzende, ist als Vorsitzende des Fachausschusses Wirtschaft, Arbeit, Technologie wiedergewählt worden. Stellvertreter/-innen sind Burgunde Grosse, Dr. Rudolf Steinke, Frank Jahnke und Hans-Willi Weizen.

**Andrea Nahles**, SPD-Generalsekretärin, ist am 18. Januar um 12.28 Uhr Mutter einer kleinen Tochter geworden. Ella Maria war bei der Geburt 48 Zentimeter groß und wog 2810 Gramm. □

### Berliner Stimme

**Herausgeber:** SPD Landesverband Berlin  
**Verlag:** wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

**Redaktion:** Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

**Abo-Service:** Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de  
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

**Druckerei:** KORRekt Mailingservice Berlin

SPD-Fraktion:

# Offensive für Fachkräfte und Ausbildung

Klausurtagung in Dresden: Klaus Wowerit legt Maßnahmenkatalog vor

**Berlin startet eine Offensive für Fachkräfte und Ausbildung. Das kündigte Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowerit auf der Klausurtagung der SPD-Abgeordnetenhausfraktion in Dresden an. „In der Zukunft werden die Regionen wachsen und zukunftsfähig sein, die ein gutes Potenzial an hervorragend ausgebildeten Fachkräften vorhalten können“, so Wowerit. „Berlin als attraktive Metropole, als Bildungs- und Ausbildungsleuchtturm und als Magnet für die besten Köpfe hat international gute Voraussetzungen, um im künftigen Standortwettbewerb um die besten Fachkräfte mithalten zu können.“**

Die SPD, so Klaus Wowerit, werde das erste Halbjahr 2011 nutzen, „um entscheidende Schritte voranzukommen und dem Fachkräftemangel vorzubeugen“.

Die wesentlichen Weichenstellungen in der Bildungs-, Arbeitsmarkt, Struktur- und Wirtschaftspolitik müssen nach Ansicht Wowerits heute getroffen werden, damit Fachkräfte nicht zum Mangel werden. Die Unternehmen müssen vorausschauend



Legte auf der Klausurtagung in Dresden ein Maßnahmenbündel gegen Fachkräftemangel vor: Klaus Wowerit. Foto: Schwager

ausbilden, „um junge Menschen gut zu qualifizieren“. Sie müssen ihre Beschäftigten weiterqualifizieren, um vorhandenes Erfahrungswissen und -potenzial zu nutzen. Junge Berlinerinnen und Berliner müssen für Ausbildungsgänge mit Zukunft begeistert werden. Die Ausbildung,

so Wowerit, müsse so gesteuert werden, dass es keinen Mismatch zwischen ausgebildeten Fachkräften und vorhandenen Arbeitsplätzen gibt. Die Schulen, Berufsschulen und Hochschulen genauso wie die vielen Bildungsdienstleister müssen sich noch enger abstimmen und auf den regionalen Bedarf reagieren. Beim dualen Lernen der Sekundarschule gelinge dies schon beispielhaft.

In einem Papier, das Klaus Wowerit auf der SPD-Fraktionsklausur vorlegte, werden eine Reihe von konkreten Maßnahmen beschrieben: So wird das Land Berlin die Zahl der Studienplätze bis 2012 nochmals um 3.000 erhöhen. Der Steuerungskreis Industriepolitik wird einen „Pakt für industrielle Ausbildung“ beraten und verabschieden. Klaus Wowerit kündigte an, dass der Senat einen mit allen wichtigen Akteuren abgestimmten „Masterplan Qualifizierung“ verabschieden will. Am Dienstag beschloss die Sonderkommission Ausbildung unter Leitung des Regierenden Bürgermeisters bereits eine „Berliner Vereinbarung zur Nachwuchskräftesicherung durch Ausbildung.“ **BS □**

## Bessere Zukunft für Familien

SPD-Fraktion legt umfassendes Konzept vor

**In Kitas und Schulen wird die Qualität weiter verbessert, künftig soll es ein subventioniertes Mittagessen für Kinder und Jugendliche in allen Berliner Schulen geben und eine Hortbetreuung für fünfte und sechste Klassen. Bedürfnisse von Familien sollen stärker bei der Stadtplanung einbezogen werden. Aber auch das Leben mit Pflegebedürftigen soll über eine Bundesratsinitiative verbessert werden.**

Das sind nur einige der konkreten familienpolitischen Maßnahmen, die die SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses auf ihrer Klausurtagung in Dresden beschlossen hat. Das Thema Familie hatte dort breiten Raum eingenommen. Mit neuen Rahmenbedingungen trägt die SPD-Fraktion den Veränderungen in der Gesellschaft Rechnung: „Familien sind bunter und vielfältiger geworden, aber für den Zusammenhalt der Gesellschaft nicht weniger wichtig“, so die Fraktion.

Mit ihrem Familienbild unterscheidet sich die SPD deutlich von konservativen Vorstellungen. „Familie ist für uns dort, wo Menschen füreinander dauerhaft Verantwortung übernehmen, Sorge tragen, Zuhilfenahme schenken und wo Generationen

füreinander eintreten“, so der Beschluss. „Damit Familien diese Verantwortung auch tragen können, bedarf es einer angemessenen Infrastruktur mit vielfältigen Angeboten, die sie unterstützt und fördert. Mit der Zukunft der Familie steht und fällt die Zukunft der Gesellschaft. Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein. Darum will die SPD-Fraktion die Rahmenbedingungen, in denen Eltern und Kinder in Berlin leben, offensiv familienfreundlicher gestalten.“

Familie kann aber auch das Zusammenleben mit Pflegebedürftigen bedeuten. Gegenwärtig benötigen nach Angaben der SPD-Fraktion 95.000 Berlinerinnen und Berliner pflegerische Betreuung. Bis zum Jahr 2030 wird sich diese Zahl nach Prognosen auf 170.000 Menschen fast verdoppeln. Deshalb soll die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf besser geregelt werden. „Die SPD-Fraktion setzt sich dafür ein, eine Bundesratsinitiative zu starten für die Umwandlung der unbezahlten 10tägigen Freistellung im Pflegezeitgesetz in eine von Arbeitgebern und Pflegekassen finanzierte Lohnfortzahlung. Pflegenden Angehörigen, die ihre Arbeitszeit verkürzen, erhalten einen Rechtsanspruch auf Rückkehr in eine Vollzeitstelle“, heißt es im Beschluss. **BS □**

## Wohngebiete sollen attraktiv bleiben

**Der Senat will die Ansiedlung von Einzelhandel intensiver steuern. Ziel sei es, die Nahversorgung der Wohngebiete zu sichern und unnötigen Autoverkehr zu vermeiden, so Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer.**

„Für die stadtverträgliche Ansiedlung von Fachmärkten werden künftig in Berlin gesonderte Standorte ausgewiesen. Neue Lebensmittelmärkte sollen z. B. nur dort eröffnen, wo sie zur Versorgung der Wohnbevölkerung wirklich erforderlich sind“, erläuterte die Senatorin.

Fachmärkte wie Möbelhäuser, Baumärkte und Gartencenter, sollen auf bestimmte Standorte konzentriert werden. Hierzu wird der Flächennutzungsplan geändert. Die von Fachmärkten als „Randsortiment“ angebotenen Waren, wie etwa Lampen, Haushaltswaren und Geschenkartikel, sollen strikt begrenzt bleiben. Ingeborg Junge-Reyer: „Nahversorger - Lebensmittelmärkte, Getränkeläden und Drogerien - gehören in die Zentren und Wohngebiete, wo sie zu Fuß erreichbar sind.“ Eine Verlagerung in Gewerbegebiete und an Ausfallstraßen könnte zu Geschäftsschließungen in den Zentren führen. **BS □**

## Gedenken:

## Erinnerung an Hatun Sürücü

**Die AG Migration Steglitz-Zehlendorf hat zur Teilnahme an der Gedenkveranstaltung für Hatun Sürücü am 7. Februar aufgerufen.**

Zum sechsten Mal jährt sich der Tag, an dem die Berlinerin Hatun Sürücü von einem ihrer Brüder auf offener Straße mit drei Kopfschüssen getötet wurde. Die damals 23jährige Deutsche kurdischer Herkunft kümmerte sich als Alleinerziehende um ihren Sohn Can und stand kurz vor dem Abschluss einer Handwerksausbildung. Anlass für den sogenannten Ehrenmord war, dass Hatun Sürücü ein modernes, selbstbestimmtes Leben frei von Repressionen durch ihre Familie führen wollte. Für Hatun Sürücü findet am Montag, dem 7. Februar um 15:00 Uhr eine Gedenkveranstaltung am damaligen Tatort an der Oberlandstraße/Ecke Oberlandgarten in Berlin-Tempelhof statt. **PM** □

## Gartenfreunde:

## Glückwünsche zum 110. Geburtstag

Zum 110-jährigen Bestehen hat der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit dem Landesverband der Gartenfreunde e.V. gratuliert. Für ihn sei die Förderung des Kleingartenwesens eine wichtige städtebauliche, gesundheits- und sozialpolitische Aufgabe, sagt Wowereit. Berlins Kleingärten hätten für den Senat einen hohen Stellenwert. **PM** □

## Forum Willy Brandt:

## Nach zehn Monaten 100.000 Besucher

**Am 19. Januar - zehn Monate nach der Eröffnung des Forum Willy Brandt Berlin im März 2010, - konnte die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung in ihrer derzeitigen Sonderausstellung „Deutschland für Anfänger. Eine deutsche Entdeckungsreise von A bis Z“ den 100.000. Besucher begrüßen.**

Frau Ky Lloyd aus Tuscon/Arizona konnte von Geschäftsführer Dr. Wolfram Hoppenstedt begrüßt werden. Frau Lloyd lebt bereits seit zehn Jahren in ihrer Wahlheimat Berlin und war zusammen mit einer belgischen Freundin auf „Kultur-Erkundungstour“ in der Hauptstadt. Das Forum Willy Brandt Berlin zeigt noch bis September 2011 wechselnde Sonderausstellungen. Im Sommer 2012 wird die neue Dauerausstellung über Willy Brandts Leben und Wirken eröffnet. **PM** □

## Volksentscheid:

## Transparenz gesichert

SPD sieht Anliegen als erfüllt an

**Auch wenn die Wasserverträge kein Geheimnis mehr sind: Am 13. Februar können alle Berlinerinnen und Berliner am Volksentscheid über ein „Gesetz zur Publizitätspflicht im Bereich der Berliner Wasserwirtschaft“ teilnehmen.**

Die zentrale Forderung des Volksentscheids ist erfüllt. Klaus Wowereit und der Senat haben in Verhandlungen mit den privaten Anteilseignern RWE und Veolia erreicht, dass die noch unter dem Vorgänger-Senat von Eberhard Diepgen abgeschlossenen Wasserverträge mit dem Land Berlin offengelegt wurden. Seit November sind sie im Internet einsehbar. Die SPD-Fraktion hat allerdings auch darüber hinaus für größtmögliche Transparenz gesorgt. Das „Informationsfreiheitsgesetz“, das vom Abgeordnetenhaus im Juli verabschiedet wurde, schreibt vor, dass Verträge im wichtigen Bereich der Daseinsvorsorge künftig generell nicht mehr vertraulich geschlossen werden dürfen. Das Gesetz, das vom Bundesdatenschutzbeauftragten als richtungsweisend gelobt wurde, regelt damit nicht den Einzelfall beim Wasser, sondern gilt auch bei Gas, Strom, Mobilität oder im Gesundheitsbereich.

Das jetzt mit dem Volksentscheid vorge-



Wasser: Die Transparenz ist gesichert.

legte Gesetz sieht vor, nicht-veröffentlichte Verträge im Nachhinein für ungültig zu erklären. Der Paragraph 4 des vorgelegten Gesetzentwurfs greift damit nach Ansicht von Experten, in das zivile Vertragsrecht ein. Innensenator Körting sieht darin einen Verstoß gegen Artikel 14 der Verfassung. Deshalb sah auch die Mehrheit des Abgeordnetenhauses keine Möglichkeit, den Gesetzentwurf in seiner vorliegenden Form anzunehmen. In einem solchen Fall muss der Volksentscheid durchgeführt werden, auch wenn die Verträge bereits offenliegen. **BS** □

➔ Die Wasserverträge im Internet: <http://www.berlin.de/sen/finanzen/vermoegen/beteiligungen/berlinwasser.html>

## „Erfolge für alle Generationen“

Klaus Wowereit bei der AG 60plus

**Am Mittwoch, dem 19. Januar 2011 hielt auf Einladung der AG 60plus Charlottenburg-Wilmersdorf der Regierende Bürgermeister von Berlin Klaus Wowereit im Rathaus Wilmersdorf ein Referat zum Thema „Berlin miteinander, Generationensolidarität ausbauen“.**

In seiner Rede machte Klaus Wowereit deutlich, dass Berliner Sozialdemokraten auf eine erfolgreiche Legislaturperiode blicken.

In der Bildungs-, Forschungs- und Arbeitsmarktpolitik sowie bei der behutsamen Stadterneuerung ist viel erreicht. Eine stetig wachsende Berliner Wirtschaft führte zu 100 000 neuen Arbeitsplätzen. Berlin liegt bei der Schaffung von Arbeitsplätzen an der Spitze in der Bundesrepublik.

Die Erfolge der Senatspolitik sind Erfolge für alle Berliner Generationen, von wo auch immer sie stammen.

In der anschließenden Diskussion kam der Regierende Bürgermeister natürlich nicht am „S-Bahn-Chaos“ vorbei. Der Winterdienst war ein Thema, wobei die interes-



Bei der AG 60plus Charlottenburg-Wilmersdorf: Klaus Wowereit. Foto: Lothar Duclos

sante Antwort „die städtischen Wohnungsbau-Gesellschaften sollten den alt bekannten Hauswart aktivieren“ große Zustimmung erhielt.

Seniorenmitwirkungsgesetz und Seniorenvertretung im Rundfunkrat waren neben der Bildungspolitik - viele der Anwesenden waren im Schuldienst tätig - genauso Thema wie der kommende Wahlkampf. **Norbert Wittke, Vorsitzender 60plus Charlottenburg Wilmersdorf** □

Gedenken:

# Über die Gefährdungen neu nachdenken

Wolfgang Thierse zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus

**Am 27. Januar 1945 erreichten sowjetische Truppen das Konzentrationslager Auschwitz. 1.689 Tage lang waren dort Menschen gefoltert, gequält, ermordet worden, Juden vor allem, Polen, Sinti und Roma, sowjetische Kriegsgefangene und Häftlinge anderer Nationalität.**

Auschwitz ist heute die Metapher für Völkermord, für staatlichen Terror, für begangene und geduldete Menschheitsverbrechen schlechthin. Dieses Konzentrationslager ist Beleg und Warnsignal für die Selbstzerstörungspotentiale der modernen Zivilisation, die - sind sie erst einmal entfesselt - verbrannte Körper und verbrannte Erde hinterlassen.

Die Erkenntnis, wozu Menschen fähig sind, muss uns bis heute irritieren und beunruhigen. Wie konnte es geschehen, dass jeder Maßstab für Recht und Unrecht verloren ging und die Fundamente eines zivilisierten Kulturstaates untergraben wurden? Warum haben so viele dazu geschwiegen, warum haben nur so wenige gewagt, die Würde des Nächsten und sein Recht auf Leben zu verteidigen? Wie war es möglich, dass die Fähigkeit, mitzufühlen und mitzuleiden, verloren ging und damit auch jeder Sinn für Würde und Selbstachtung? Und vor allem: Wie können wir, die Nachfolgenden, verhindern, dass so etwas noch einmal geschieht?

Die erste Konsequenz, die die Bundesrepublik aus der NS-Diktatur gezogen hat, ist



Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse.

Foto: Horb

unser Grundgesetz: eine freiheitliche, demokratische, rechtsstaatliche Verfassung, die die Achtung der Menschenwürde zum obersten Maßstab des Zusammenlebens erklärt. Die zweite Konsequenz ist die europäische Union, die feste Einbindung Deutschlands in eine europäische Nachkriegsordnung, die sich Schritt für Schritt zu einer stabilen Staatengemeinschaft entwickelt hat. Das Grundmotiv der europäischen Einigung war eine konkrete Utopie des Friedens. Die dritte Konsequenz ist die Verpflichtung aller Demokraten, die Erin-

nerung an das unermessliche Leid der Opfer des NS-Regimes wach zu halten. Indem wir der Opfer gedenken, versuchen wir wenigstens postum ihnen etwas zurückzugeben, was ihnen vom deutschen Nationalsozialismus auf brutalste - also tödliche Weise - geraubt worden war: ihre Würde.

## DIE AUFGABE VON ERINNERUNG

Erinnerung kann und soll politisches Bewusstsein schaffen. Das Entsetzliche der nationalsozialistischen Verbrechen muss so vermittelt werden, dass es auch mit dem Herzen erfahren und begriffen wird und auch künftig zu einer Empathie mit den Opfern führt. Insofern ist Gedenken immer mehr als aufgeklärtes Wissen. Es geht nicht um die Übertragung von Schuld, gar von Schuldgefühlen, sondern darum, moralische Sensibilität und politische Verantwortung für die Gegenwart zu vermitteln. Betroffenheit, die bloß ratlos macht, Wissen, das folgenlos bleibt - solcherart Erinnerungsarbeit ist nicht menschengemäß und gesellschaftlich wirkungslos, im schlimmsten Falle sogar kontraproduktiv.

Der 27. Januar, unser nationaler Gedenktag, ist Anlass, über die Gefährdungen der Demokratie, die Mechanismen von Stigmatisierung und Ausgrenzung, die Ursachen, Erscheinungsformen und Wirkungen von Intoleranz und Rassenwahn neu nachzudenken!

Wolfgang Thierse □

## Ein Haus, 28 Menschen

Gedenken mit Mechthild Rawert in Schöneberg

**Seit 1996 ist der 27. Januar bundesweit der nationale Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert gedenkt jährlich in einer Veranstaltung in ihrem Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg der Opfer und ihrer Leiden.**



Am Sonntag, 30. Januar 2011, 13:00 findet die Gedenkveranstaltung mit Mechthild Rawert zum Internationalen Holocaustgedenktag vor dem Haus Schwäbische Straße 25 in Schöneberg statt. Die Zeitzeugin Rahel R. Mann, die als jüdisches Kind durch die Hilfe von Nachbarn überleben konnte,

wird die Veranstaltung mit eigenen Texten bereichern.

1997 wurde an der Fassade des Hauses Schwäbische Straße 25 im Bayerischen Viertel von der Hausgemeinschaft eine Steintafel angebracht zum Gedenken an die 28 jüdischen Menschen, die ab 1942 von hier aus in die Todeslager der Nazis deportiert wurden. Es waren jüdische Bürgerinnen und Bürger im Alter von zwanzig bis vierundachtzig Jahren. Ihre Namen sind in Yad Vashem verewigt.

Vor der Gedenktafel sollen die Namen der achtundzwanzig Opfer verlesen werden, um so gemeinsam an die Menschen zu erinnern, die unter nationalsozialistischer Gewaltherrschaft entrechtet, verfolgt, gequält und ermordet worden sind.

➡ Gedenkveranstaltung: Sonntag, 30. Januar 2011, 13 Uhr, Schwäbische Straße 25 in 10871 Berlin-Schöneberg

## Vorschläge für Bürgerpreis gesucht

**Jährlich zeichnet die SPD mit dem Gustav-Heinemann-Bürgerpreis Menschen aus, die sich für unsere Gesellschaft und Demokratie einsetzen. Bis zum 31. Januar können noch Vorschläge eingereicht werden.**

1977, ein Jahr nach seinem Tod stiftete die SPD den Gustav-Heinemann-Preis, der seitdem jährlich an Menschen, Gruppen oder Organisationen verliehen wird, die mit neuen Ideen bürgerliches Engagement praktisch umsetzen. Verliehen wird der mit 10.000 Euro dotierte Preis immer um den 23. Mai herum, dem Tag, an dem das Grundgesetz verkündet wurde. Bewerben kann sich jeder, der die Ideale Gustav Heinemanns lebt, es können auch Projekte, Gruppen oder einzelne Personen vorgeschlagen werden.

➡ Vorschläge bis 31. Januar an: Hermann Zimmermann, Wilhelmstr. 141, 10963 Berlin, hermann.zimmermann[at]spd.de

19. Februar:

## „Die Geschichte nicht verdrehen“

Berliner SPD ruft zu friedlichem Protest gegen Neo-Nazis in Dresden auf

**Die Berliner SPD und die Berliner Jusos unterstützen auch in diesem Jahr das Bündnis gegen die Aufmärsche von Neo-Nazis in Dresden zum Jahrestag der Bombardierung. Michael Müller, Vorsitzender der Berliner SPD, und Christian Berg, Vorsitzender der Berliner Jusos, haben die Berlinerinnen und Berliner aufgerufen, sich an den Protestaktionen am 19. Februar zu beteiligen. Der Aufruf der Berliner SPD im Wortlaut:**

NEO-NAZIAUFMARSCH IN  
DRESDEN VERHINDERN

2010 ist es einem breiten Bündnis erstmalig gelungen, Europas größten Neo-Naziaufmarsch in Dresden zu verhindern. Grundlage des Erfolges war eine Zusammenarbeit zwischen Antifagruppen, lokalen Initiativen und Aktionsgruppen, Gewerkschaften, Parteien und Jugendverbänden

### Reaktionen aus Dresden

**Empört über Äußerungen der Dresdner CDU- und FDP-Kreischefs, die den Aufruf der Berliner SPD zur Teilnahme an den Dresdener Protestaktionen kritisiert hatten, hat sich die SPD-Vorsitzende von Dresden Sabine Friedel gezeigt.**

Es sei ein Skandal, den Aufruf der Berliner SPD zur Teilnahme an den friedlichen Protesten gegen Neonazis in Dresden mit dem Aufruf zur Gewalt gleichzusetzen. „Für mich ist das nicht nur grober Unfug, sondern es grenzt an üble Nachrede. Die SPD ist wie die CDU und die FDP eine demokratische Partei, die Gewalt in jeder Form auf's Schärfste ablehnt“, erklärte Friedel.

Die SPD-Chefin betonte, man solle froh sein, dass Menschen aus der ganzen Republik die Dresdner bei den friedlichen Protesten gegen den Naziaufmarsch unterstützen wollen. Sie forderte die Kreisvorsitzenden Lohmeyer und Rohwer auf, mit ihrer Profilierungssucht Schluss zu machen. Jetzt hätten alle demokratischen Kräfte zusammenzustehen. Erinnerungs- und Gedenkkultur sei zudem „nichts Statisches“ und müsse sich weiterentwickeln. „Auch Oberbürgermeisterin Orosz hat mehrfach betont, dass es um die Dresdner Erinnerungskultur eine Debatte geben muss. Nur ihre Partei und die FDP scheinen soweit nicht denken zu wollen“, so Friedel. **BS** □



Berliner SPD-Mitglieder auf der Dresdener Kundgebung gegen Rechtsradikalismus.

den sowie zahlreichen weiteren Organisationen und Einzelpersonen.

Für 2011 haben neonazistische Gruppen angekündigt, mehrere Veranstaltungen zum Jahrestag der alliierten Luftangriffe auf Dresden durchzuführen. Seit Jahren versuchen Neo-Nazis die Bombardierung

Dresdens für ihre Zwecke zu instrumentalisieren und an bestehende Mythen anzuknüpfen. Wir werden nicht akzeptieren, dass Neo-Nazis die Geschichte verdrehen und die eigentlichen Opfer des Nationalsozialismus verhöhnern. Wir stellen uns entschieden gegen jede Leugnung und Relativierung der deutschen Schuld an Vernichtungskrieg und Holocaust ab. Die Sozialdemokratie hat schon immer entschlossen auf der Seite derjenigen gestanden, die sich dem braunen Mob konsequent entgegenstellen.

Wir unterstützen deshalb auch im Jahr 2011 den friedlichen Protest gegen die geplanten Aufmärsche der Neo-Nazis in Dresden. Wir erklären uns solidarisch mit allen, die sich an Veranstaltungen und Demonstrationen gegen den Neo-Nazi-Aufmarsch beteiligen. Wir selbst sind ein Teil dieser Bewegung und rufen alle Mitglieder dazu auf, sich an den Protesten zu beteiligen. **BS** □

## „Das Gestern verkörpert“

Protestaktionen gegen NPD-Auftritt in Lichtenberg

**Bezirk und Senat hatten alle rechtlichen Mittel geprüft, um eine Veranstaltung von Rechtsradikalen in der Aula der Lichtenberger Max-Taut-Schule zu verhindern. Zu verhindern war die Veranstaltung der zusammgelegten Parteien NPD und DVU letztlich nicht. Vor der Schule sammelten sich deshalb etliche Teilnehmer einer Protestdemonstration.**

Rund 60 Neonazis versammelten sich in der 500 Personen fassenden Aula der Max-Taut-Schule in Berlin-Lichtenberg. Zusammen mit BürgerInnen aus Lichtenberg, Friedrichshain und Brandenburg besuchten u.a. Oliver Igel (SPD-Kreisvorsitzender), Lars Düsterhöft (JUSOS-Kreisvorsitzender), Clara Hermann MdA (Bündnis 90/Grüne) Alexander Freier (SPD-Bezirksverordneter) und Dr. Hans Erxleben (Bezirksverordneter Die Linke) die öffentlich beworbene Veranstaltung und klatschten an jenen Stellen, bei denen die NPD-DVU-Anhänger mit dem Kopf schüttelten. Mit der kritischen Teilnahme an der Veranstaltung war es möglich, die NPD-Propaganda eines großen Festaktes zu entlarven. „Es ist eine Ironie der Geschichte, dass die NPD ihre Fusionsfeier ausgerechnet in dem Saal in Lichtenberg begeht, in dem die BVV tagt und in dem sich vor wenigen Wochen die NPD-Fraktion aufgelöst hat, weil ein DVU-Verordneter aus Protest gegen die Fusion



Protestaktionen gegen ein Treffen Rechtsradikaler in Lichtenberg. Foto: Magdziak

ausgetreten ist. Davon fiel auf der Veranstaltung kein Wort. Aber jeder im Saal wusste, dass gerade dieser Saal das Symbol für den Rohrkrepierer ist, den diese Fusion darstellt“, sagte Oliver Igel.

Als „Gruselkabinett“ empfand Alexander Freier die vorgestellten Kandidaten der NPD für die Abgeordnetenhauswahl: „Es mussten vor allem sehr viele sehr alte Männer in diese undankbare Pflicht genommen werden“, so der SPD-Bezirksverordnete. „Das zeigt, dass die NPD nur das Gestern, nicht das Heute oder Morgen verkörpert.“ **PM** □

# Einfach mal reden...

## SPD Friedrichshain-Kreuzberg lädt zum Politischen Café

**Es war eine Premiere mit Koffein-Garantie. Mitte Januar fand zum ersten Mal das „Politische Café“ der SPD Friedrichshain-Kreuzberg statt. Bei Kaffee und Kuchen können Interessierte nun jeden Mittwoch über Politik klönen.**

Am Anfang stand eine Frage. „Von neuen Genossen höre ich immer wieder, dass sie klassische Parteiversammlungen nicht so gut finden“, sagt Michael Pückler. Wie aber können Parteimitglieder angesprochen werden, die sich lieber unverbindlich und ohne straffe Tagesordnung engagieren? Auf der Suche nach einer Antwort kam Pückler die Idee für ein Treffen, bei dem in lockerer Atmosphäre miteinander gesprochen werden kann: Das „Politische Café“ war geboren.

„Es handelt sich dabei um ein offenes, unverbindliches Angebot an unsere Genossen und an politisch interessierte Mitbürger - zum Meinungsaustausch, zur Information oder einfach, um uns offen und ehrlich die Meinung zu sagen“, erklärt Pückler. Diese Möglichkeit wurde bei der Premiere reichlich genutzt. Das Berliner S-Bahn-Chaos war in den Diskussionen ebenso Thema wie das Parteiausschlussverfahren gegen Thilo Sarrazin.



Willkommen zum Kaffee.

Foto: Doering

„Die vielfältigen Diskussionen zeigen, dass großer Gesprächsbedarf besteht“, sagt Michael Pückler. Genau diesen soll das „Politische Café“ befriedigen. Und schließlich leistet es auch einen Beitrag zu mehr Beteiligung innerhalb der Partei. „Wir wollen nämlich auch Genossen ansprechen, die aus privaten Gründen kaum noch am Parteileben mitwirken - etwa weil sie den Abend für ihre Familie freihalten möchten.“

**Kai Doering** □

➔ Das „Politische Café“ der SPD Friedrichshain-Kreuzberg findet jeden Mittwoch zwischen 14 und 18 Uhr im Kreisbüro im Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 141, statt.

## NOTIZEN AUS DER BERLINER SPD

**AG 60plus: Kampf gegen die Brandanschläge auf Moscheen** Der Landesvorstand der AG 60plus Berlin hat die Brandanschläge auf Moscheen in der letzten Zeit in Berlin verurteilt. „Diese Anschläge richten sich gegen die Glaubens- und Religionsfreiheit insgesamt und damit gegen einen Grundpfeiler unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung“, so die AG 60plus. „Wir rufen alle Berlinerinnen und Berliner zu Toleranz und friedlichem Miteinander auf und vertrauen darauf, dass die staatlichen Organe alles Mögliche tun werden, um solche Anschläge zu unterbinden und gegebenenfalls aufzuklären.“

**Für Europa-Interessierte.** Der Newsletter Europa in Berlin von Eva Högl informiert über europapolitische Veranstaltungen in Berlin. Der Newsletter erscheint 14-tägig. Terminvorschläge, Hinweise, Anregungen sowie weitere Interessierte am Newsletter sind herzlich willkommen. Den Newsletter kann man abonnieren unter: [http://www.eva-hoegl.de/c\\_europa\\_3](http://www.eva-hoegl.de/c_europa_3)

**Wahlkreisbüro wiedereröffnet.** Das Wahlkreisbüro der Bundestagsabgeordneten Petra Merkel und das SPD-Bürgerbüro Charlottenburg-Wilmersdorf sind Ende des

vergangenen Jahres umgezogen und jetzt in der Goethestr. 15 zu finden. Die feierliche Eröffnung ist am gestrigen Freitagmittag nachgeholt worden. Die SPD Abteilungen und Arbeitsgemeinschaften nutzen das Bürgerbüro wie gewohnt für ihre Mitgliederversammlungen. Ergänzt wird das Angebot durch Sprechstunden der Bundestagsabgeordneten sowie Veranstaltungen, Gesprächsrunden und Ausstellungen. Das Büro Goethe15, Goethestraße 15, 10625 Berlin, hat montags und dienstags von 12 bis 16 Uhr sowie mittwochs und donnerstags von 10 bis 14 Uhr geöffnet und ist telefonisch unter 313 88 82 oder per E-Mail an [petra.merkel\[at\]jwk.bundestag.de](mailto:petra.merkel[at]jwk.bundestag.de) zu erreichen.

**Sozialdemokraten in der Polizei (SiP).** Der Vorstand der SiP lädt am Mittwoch, dem 09. Februar 2011 in der Zeit von 16.00 bis 18.00 Uhr zu einem Informationsgespräch mit Innensenator Dr. Ehrhart Körting ein. Es findet im Kurt-Schumacher-Haus (Erika-Heß-Saal) in der Müllerstr. 163 in 13353 Berlin-Wedding statt. Gemeinsam soll ein Ausblick über die zukünftige „Polizeientwicklung“ in der Hauptstadt diskutiert werden. **BS** □

## FRAKTION INTERN

**Sonntagsöffnung von Bibliotheken.** Bibliotheken sind viel mehr als bloße „Ausleihstandorte“. Sie sind die meistgenutzten Kultur- und Bildungseinrichtungen, sie fördern das lebenslange Lernen, tragen zur Integration, zur Leseförderung und zur Vermittlung von Medienkompetenz bei. Mit einer Bundesratsinitiative soll den einzelnen Bibliotheken jetzt die Möglichkeit einer Sonntagsöffnung eingeräumt werden - ohne Zwang und ganz nach dem jeweiligen Bedarf.

Dazu haben SPD und Linke einen gemeinsamen Antrag (Drs. 16/3695) für eine Bundesratsinitiative eingebracht, um den Ausnahmetatbestand nach § 10 Abs. 1 Nr. 7 des Arbeitszeitgesetzes auf Bibliotheken zu erweitern. Mit einer Ausweitung der Öffnungszeiten auch am Sonntag können nicht nur weitere Zielgruppen erreicht werden. Generationsübergreifend wäre dies auch ein weiterer wichtiger Beitrag zur kulturellen Bildung für alle. Gestärkt würde zugleich den Anspruch der Bibliotheken als gleichwertige Orte der Kultur und der Bildung wie beispielsweise Museen, Theater oder Kinos.

**Stadtteiltag Reinickendorf.** Am 20. Januar hat der Stadtteiltag des Abgeordneten Jörg Stroedter in Reinickendorf stattgefunden. Auf dem Programm stand ein Besuch des Humboldt-Gymnasiums mit Bildungs-senator Prof. Jürgen Zöllner. Danach besichtigte Jörg Stroedter mit Finanzsenator Dr. Ulrich Nußbaum und Interessierten die Firma G-Elit. Weiter ging es mit einem Unternehmerstammtisch gemeinsam mit dem Finanzsenator und einem Infostand vor dem Einkaufszentrum am Kurt-Schumacher-Platz. Am Abend hatte Jörg Stroedter zum Bürgerforum Gesundheitspolitik im Ratskeller Reinickendorf eingeladen unter anderem mit Gesundheitsstadtrat Andreas Höhne, dem gesundheitspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Thomas Isenberg, und Mechthild Rawert, MdB.

**Protest gegen Post.** Die SPD-Fraktion protestiert weiter mit einer Unterschriftenaktion gegen die Filialschließungen bei der Deutschen Post. Die Protestkarte kann auch in höherer Stückzahl bei der Pressestelle abgeholt oder als PDF auf der Internetseite der Fraktion heruntergeladen werden.

**Ergebnisse der Fraktionsklausur.** Familie ist für die SPD-Fraktion dort, wo Menschen füreinander dauerhaft Verantwortung übernehmen, Sorge tragen, Zuwendung schenken und wo Generationen füreinander einstehen. Die Resolution "Berlin - Stadt der Familien" (s. Seite 1 und 3) ist im Internet nachzulesen unter [www.spdfraktion-berlin.de/dresdnerklausur2011](http://www.spdfraktion-berlin.de/dresdnerklausur2011). **cs** □

Gesetzgebung:

# Mehr Transparenz wagen

## Eva Högl fordert ein umfassendes Lobbyregister und klare Regeln für Abgeordnete

**In seinem Bericht vom März 2010 hat der Bundesrechnungshof festgestellt, dass Deutschland kein Land ist, in dem Korruption regiert. Nur 16% der externen Personen in der Bundesverwaltung stammen aus Privatunternehmen oder Verbänden. Dennoch muss immer und genau überprüft werden, wenn Privatpersonen oder Unternehmen versuchen, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen.**

Die Tätigkeit bezahlter Lobbyistinnen und Lobbyisten im Deutschen Bundestag und den Bundesministerien ist vielfältig. Die Bandbreite reicht von der Einladung zu parlamentarischen Frühstücksgesprächen, zu Informationsgesprächen oder dem Versenden von Pressemitteilungen.

### 5000 HAUPTBERUFLICHE LOBBYISTEN

Mehr als 5000 Personen sind nach Expertenschätzungen hauptberuflich damit befasst, die Interessen von Verbänden und Unternehmen gegenüber der Politik zu vertreten. Ihr Einfluss auf die Gesetzgebung bleibt zumeist unerkannt und der Öffentlichkeit verborgen. Gleichzeitig sind sieben von zehn Bürgerinnen und Bürgern der Meinung, dass die Bestechlichkeit in Deutschland zugenommen habe. Dies ist das Ergebnis einer kürzlich in Berlin vorgestellten Studie von Transparency International, die dokumentiert, dass insbesondere die Verbindung aus Politik, Wirtschaft und professionellen Lobbyisten kritisch gesehen wird.

### TRANSPARENZ ALS OBERSTES GEBOT

Als Abgeordnete des Bundestages und Mitglied von Transparency International habe ich ein besonderes Interesse an dem Thema Lobbyismus und Einflussnahme auf politische Entscheidungen. Gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen vom Netzwerk Berlin habe ich ein Konzept erarbeitet, das darauf abzielt, dass die Vertretung von Interessen stets im Einklang mit den Grundsätzen der Offenheit, Ehrlichkeit und Integrität erfolgt.

Transparenz ist dabei das oberste Gebot. Regelmäßige Debatten im Parlament und Berichte der Bundesregierung sind der Garant für Öffentlichkeit und wirksame Kontrolle von Lobbyismus. Dies schafft Vertrauen in staatliches Handeln und politische Entscheidungsprozesse. Dabei geht es nicht um eine Hexenjagd gegen Unterneh-



Fordert mehr Transparenz: die Bundestagsabgeordnete Dr. Eva Högl. Foto: BS

### Stichwort Korruption

Transparency International hat im vergangenen Oktober den „Korruptionswahrnehmungsindex 2010“ veröffentlicht. Drei Viertel der 178 untersuchten Länder erzielt auf einer Skala von null (als sehr korrupt wahrgenommen) bis zehn (als wenig korrupt wahrgenommen) weniger als fünf Punkte. Deutschland belegt mit einem Punktwert von 7,9 (2009: 8,0) im weltweiten Maßstab einen 15. Platz (2009: 14). □

men oder PR-Agenturen. Interessensvertretung ist ein Wesensmerkmal der Demokratie. Aber finanzielle und organisatorische Hintergründe müssen transparent gemacht werden.

Ich habe daher im Deutschen Bundestag eine Initiative für mehr Transparenz angestoßen und gemeinsam mit dem Netzwerk Berlin einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der unter anderem ein umfassendes Lobbyregister vorsieht. Neben den Personen und Organisationen, die professionell Interessensvertretung betreiben, würde ein solches Register sowohl die Auftraggeber als auch die von professionellen Lobbyistinnen und Lobbyisten verwendeten Budgets auflisten und diese Informationen allgemein zugänglich machen.

Bei einem Verstoß gegen diese Auflagen würden Ordnungsstrafen von bis 200.000 Euro fällig. Auch der Beitrag externer Personen an der Gesetzgebung soll transparent gemacht werden. Nach europäischem Vorbild soll jeder Gesetzesentwurf eine „legislative Fußspur“ enthalten, ein Vorblatt, aus dem klar ersichtlich wird, welche externen Personen gegebenenfalls an der Gesetz-

gebung beteiligt waren. Auch muss ausgeschlossen werden, dass externe Personen leitende Funktionen in Bundesministerien übernehmen, federführend Gesetzesentwürfe formulieren oder unbefristet in der Bundesverwaltung eingesetzt werden.

### MEHR TRANSPARENZ AUCH BEI ABGEORDNETEN

Ein mehr an Transparenz soll auch für die Abgeordneten des Bundestages gelten.

Die Wahrnehmung des Mandats muss im Mittelpunkt stehen. Darüber hinaus gehende Tätigkeiten sind weiter zulässig, wir wollen auch weiterhin, dass freiberuflich Tätige, Selbstständige oder Unternehmerinnen und Unternehmer im Deutschen Bundestag als Volksvertreterinnen und Volksvertreter vertreten sind. Zuwendungen ohne Gegenleistung darf es aber nicht geben. Es muss ausgeschlossen werden, dass Abgeordnete für das Nichtstun in einem Unternehmen bezahlt werden. Dies kann durch eine Verschärfung des § 108 Strafgesetzbuch zur Abgeordnetenbestechung erreicht werden. Damit wäre auch endlich der Weg frei für die Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption, die von Deutschland zwar unterschrieben, aber immer noch nicht vollständig umgesetzt wurde.

### KEIN FLIEGENDER WECHSEL IN DIE WIRTSCHAFT

Auch der oftmals kritisierte direkte Wechsel von Politikerinnen und Politikern aus Regierungsämtern auf lukrative Positionen in der Privatwirtschaft soll zumindest schwerer werden. Gemeinsam mit dem Netzwerk Berlin fordere ich, dass alle Nebeneinkünfte von Abgeordneten detailliert offengelegt werden, auch solche, die unter 7.000 Euro liegen und bisher nicht offengelegt werden mussten, sowie oberhalb von 7.000 Euro mit konkreten Angaben zu einzelnen Beträgen. Alle Euro-Beträge müssen im Einzelnen publiziert werden.

Ich wünsche mir für Deutschland einen Ehrenkodex nach dem Vorbild der EU-Kommission. Ehemalige Mitglieder der Europäischen Kommission müssen nach neue Tätigkeiten anmelden und von einer Ethikkommission begutachten lassen, die ein Verbot empfehlen kann. Europa kann hier wieder einmal ein Vorbild für Deutschland sein: Für mehr Transparenz im Parlament und einen verbindlichen Rahmen für professionelle Interessensvertretung in der Politik.

Dr. Eva Högl □



Programmatik:

# Kommunismus bleibt ein „Nirgendwo“

Hans Kremendahl zur Debatte um die Wege von Gesine Löttsch

**Die LINKE-Vorsitzende Gesine Löttsch hat mit ihrem Artikel „Wege zum Kommunismus“ und ihrer Aufforderung, solche Wege zu finden und auszuprobieren, in ein Wespennest gestochen. Die ausfliegenden, verschieden farbigen Wespen flattern hektisch durcheinander.**

Führende Linke - wie Gregor Gysi - reagieren erschrocken. Wissen sie doch genau, was man mit einem einzigen Reizwort anrichten kann.

Führende Rechte - wie CSU-Generalsekretär Dobrindt - rufen mit sichtbarer Genugtuung nach dem Verfassungsschutz. Endlich steht das Feindbild wieder ...

## DOPPELBEDEUTUNG DES KOMMUNISMUS

Eine nüchterne Betrachtung muss damit beginnen, dass der Begriff Kommunismus eine Doppelbedeutung hat. Zum einen meint er das „Endziel“ einer klassenlosen Gesellschaft der Freien und Gleichen, herrschaftsfrei, ohne Privateigentum an Produktionsmitteln, idealerweise auch ohne Staat. Laut Marx gilt in einer solchen Gesellschaft die Maxime „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.“ Ich nehme zugunsten von Gesine Löttsch an, dass sie das mit Kommunismus gemeint hat.

Karl Marx war ein glänzender, scharfsinniger Analytiker der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung seiner Zeit. Ein Utopist war er nicht. Er hat die klassenlose Gesellschaft als quasi na turnotwendige Endstufe der Entwicklung des Kapitalismus über eine Durchgangsphase erwartet, in der das Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Leistungen“ gilt.

Von ihm gibt es keine Blaupause der gesellschaftlichen und politischen Ordnung des Kommunismus, sieht man einmal von seiner Sympathie für das Rätssystem der Pariser Commune von 1871 ab.

Eine solche Blaupause mit Umsetzung in die Realität hat jedoch der Leninismus geliefert, dessen drastische Steigerungsform der Stalinismus war.

Und da liegt die zweite Bedeutung des Begriffs Kommunismus: Diese meint die Alleinherrschaft der kommunistischen Partei, laut Lenin die Avantgarde des Proletariats, versehen mit dem historisch richtigen Wissen um die Zukunft und den Weg dorthin, und deshalb zur Führung auch unabhängig von subjektiver Zustimmung legitimiert.

Konsequent bezeichnet Lenin die so ver-



Titelblatt aus dem Jahr 1848

standene Diktatur des Proletariats als eine „Macht, die an keine Gesetze gebunden ist“.

Das war die Philosophie hinter den kommunistischen Diktaturen in der Sowjetunion, der DDR, Osteuropa, China, Kuba, Nordkorea etc. Das Endziel der kommunistischen Gesellschaft - und da liegt die Verbindung - konnte deshalb als Legitimation für Gewalt und Unterdrückung, Zensur und Bspitzelung, ja für Mord und Ausrottung Andersdenkender dienen.

Davon schweigt Gesine Löttsch in ihrem Artikel. Und davon würden viele Mitglieder der LINKEN am liebsten schweigen.

Die quasi-idealistische Vorstellung des Kommunismus als Gesellschaft der Freien und Gleichen ist ein Nirgendwo geblieben. Marx' Annahme des notwendigen Zusammenbruchs des Kapitalismus ist historisch widerlegt. Und die leninistischen totalitären Systeme sind - von Resten abgesehen - in sich zusammengebrochen. Wer will da noch „Wege zum Kommunismus“ ernsthaft suchen und gar finden?

## DEMOKRATISCHER SOZIALISMUS ALS PRINZIP

Am Ende ihres Artikels und in mehreren Stellungnahmen danach hat Gesine Löttsch den demokratischen Sozialismus als ihr Ziel bezeichnet. Den Widerspruch zwischen dieser Aussage und ihren „Wege zum Kommunismus“ bemerkt sie nicht.

Sie kann ihn auch nicht bemerken, denn für sie und viele in der LINKEN ist auch der demokratische Sozialismus ein Endziel, das

man irgendwann in Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu erreichen hofft.

Und genau hier liegt die Hauptdifferenz zur deutschen und internationalen Sozialdemokratie: Eigentlich schon seit Eduard Bernstein, spätestens aber seit dem Godesberger Programm von 1959 ist für uns Sozialdemokraten klar: Demokratischer Sozialismus ist kein Ziel, das man irgendwann erreicht und fortan im Sozialismus lebt.

Vielmehr ist er eine „dauernde Aufgabe“ (Godesberger Programm), ein Prinzip der wertgeleiteten politischen Gestaltung. Das Prinzip nämlich, in jeder sich wandelnden gesellschaftlichen Situation für mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität einzutreten, auf reformerischem Weg, strikt gebunden an demokratische Werte und Spielregeln.

## DAS URHERRECHT GELTEND MACHEN

Es galt und gilt nicht den Kapitalismus zu überwinden, sondern ihn zu verändern: Durch gewerkschaftliche Gegenmacht, durch Demokratisierung und Mitbestimmung, durch einen starken, aktiven Sozialstaat, durch Struktur- und Konjunkturpolitik. Das und nichts anderes ist der erfolgreiche, auch international zu beschreitende Weg zu mehr Freiheit und Gerechtigkeit.

Für Träume vom Kommunismus ist dabei kein Platz. Ich war schon nach der Wiedervereinigung der Meinung, wir hätten unser Urherberrecht geltend machen und der damaligen PDS nicht erlauben sollen, sich „Partei des demokratischen Sozialismus“ zu nennen. Denn das ist unser Begriff, auch wenn viele Sozialdemokraten - um Verwechslungen zu vermeiden - heute lieber von sozialer Demokratie sprechen.

In den kommunistischen Regimen gab es nur so viel Demokratie, wie der Sozialismus, als führende Rolle der Partei verstanden, es zuließ. Und das war sehr wenig. Für Sozialdemokraten kann es nur so viel Sozialismus geben, wie die Demokratie es ermöglicht.

Und da verläuft die Scheidelinie zwischen Demokraten, die den Andersdenkenden respektieren, und Antidemokraten, für die der Zweck die Mittel heiligt.

Die Partei DIE LINKE muss hier in den eigenen Reihen Klarheit schaffen. Nur dann wird sie wirklich im demokratischen Parteienspektrum ankommen.

Denn mit Leninisten darf, mit Utopisten kann kein Staat gemacht werden.

Hans Kremendahl □

**Ist niemandem aufgefallen, dass der Beitrag von Hans-Willi Weinzen völlig neben der Sache liegt? Der Autor hat offenbar nicht begriffen, dass der von der FDP durchgesetzte ermäßigte Mehrwertsteuersatz („Mövenpickprivileg“) für Hotels nur für die Beherbergung aber nicht für die Gastronomie gilt. Sogar für das Frühstück muss der volle Satz be- und sogar herausgerechnet werden. Und wenn im Restaurant „Trüffel, Wachteleier oder Schildkrötensuppe“ angeboten werden sollten, stünden ebenfalls 19 Prozent Mehrwertsteuer auf der Rechnung.**

Aber bei den genannten Beispielen frage ich mich, in welchem Jahrhundert der Genosse Weinzen lebt. Schildkrötensuppe ist seit Jahrzehnten weltweit verboten. In Deutschland gilt das auch für die erwähnten Froschschenkel. Wachteleier sind kein Luxusgut sondern werden genau so erzeugt - eben nur mit anderem Geflügel - wie Hühnereier, Enteneier, Gänseeier oder Straußeneier. Wachteleier gibt es in jedem gut sortierten Supermarkt, auch wenn die alleinerziehende Mutter mit Hartz IV sicher seltener danach greift.

Gänseleber ist ebenso wenig ein Luxusgut wie Hühnerleber, Entenleber, Rindsleber oder Schweineleber, denn sie fällt nun einmal beim Schlachten dieser Tiere an. Was der Autor vermutlich meint, ist Gänsestopfleber, doch die wird in Deutschland nirgendwo produziert, weil das Stopfen als Tierquälerei gilt. (Die Auslegung des Tierschutzgesetzes ist in diesem Punkt umstritten.) Die meisten Spitzenrestaurants in Berlin verzichten darauf, aus Polen, Ungarn oder Frankreich importierte Gänsestopfleber einzusetzen, zumal sie damit rechnen müssen, von militanten Tierschützern angeprangert zu werden. Es kann aber gut sein, dass der Genosse Weinzen, wenn er zu Weihnachten eine preiswerte Gans aus Polen oder Ungarn kauft, ohne es zu wissen ein Abfallprodukt aus der Stopfleberproduktion erstanden hat.

Bleiben die Trüffel. Vielleicht sollte sich der Autor erst einmal selber klar werden, was für Trüffel er meint. Schwarze Sommertrüffel zum Beispiel sind keine Rarität und recht preiswert, kommen mittlerweile meistens aus China. Seit ewigen Zeiten werden sie von ganz gewöhnlichen Metzgern wie ein Gewürz für die Herstellung von Leberwurst und -pastete benutzt. Bleiben die weißen Alba- oder Perigord-Trüffel, die rund 3.000 Euro pro Kilo kosten. Wer die kauft, hätte natürlich kein Problem, 19 Prozent Mehrwertsteuer zu bezahlen, was, wenn er die Trüffel im Restaurant verzehrt, schon jetzt der Fall ist. Angesichts der geringen Mengen, die auf legalen Wegen mit diesem Luxusgut umgesetzt werden, würde sich unser Weltstadt-Senat aber sicher nur blamieren, wenn er einen derartigen

# Über Geschmack lässt sich streiten

## Eine Steuerdebatte für Feinschmecker

**In der BERLINER STIMME 24-2010 hatte Dr. Hans-Willi Weinzen in seinem Beitrag „Die Trüffeln sind zu billig“ Veränderungen bei den Mehrwertsteuersätzen für Lebensmittel eingefordert. Eine Antwort von Ulrich Rosenbaum und die Erwiderung.**

Antrag in den Bundesrat einbringen würde.

Das eigentlich Schlimme an dem Beitrag ist: Hier lebt jemand offenbar seine Genussfeindlichkeit aus. Soll er sich doch bitte von Currywurst ernähren. Denn da gibt es wirklich einen feinen Unterschied: Wird sie „über die Straße“ verkauft, sind nur 7 Prozent Mehrwertsteuer fällig, bleibt man an der Bude stehen, muss der Wurstbrater 19 Prozent an den Fiskus abführen. Und das gehört nun wirklich zu den Ungeheimnissen des Mehrwertsteuergesetzes.

**Ulrich Rosenbaum, Kreisdelegierter der 1. Abteilung Steglitz-Zehlendorf** □

Ich soll also klar sagen, welche Trüffel ich meine. Ich meine und mag Tuber magnatum Pico, die mir ein italienischer Padron einmal über hausgemachte Pasta gehobelt hat. Nur einmal, aber unvergeßlich! Für die anderen Mitglieder unserer nicht á la Brillat-Savarin gegründeten Partei: Das ist die weiße Albatrüffel, deren Preis der Genosse R. bei 3.000 Euro pro Kilo vermutet, die aber auch bis zu 9.000 Euro und mehr kosten kann.

Die als preiswert erwähnte Schwarze Sommertrüffel Tuber gestivum habe ich ein einziges Mal hierzulande käuflich erworben, kam tatsächlich aus China, war überraschend billig und in Essig eingelegt. Der Genosse R. weiß natürlich, daß sie dann mit 19 % besteuert wird und dass der Bundesrechnungshof dies in seinem Bericht vom 28. Juni 2010 auf Seite 15 als widersprüchlich rügte. Vom Geschmack her würde ich für das Zeug sogar eine prohibitiv verdreifachte Umsatzsteuer für überlebenswert halten, um außerfiskalisch die Verbreitung zu bekämpfen.

Wichtig ist aber steuerrechtlich wirklich nicht, welche Trüffel ich meine, sondern

was der Bundesfinanzminister meint, der jedoch nur zwischen Trüffel in oder ohne Essig unterscheiden mag. Ein genußfeindlicher Kretin, wie es scheint. Wichtig ist ferner, daß viele Sozialdemokraten täglich durch ihre Existenz nachweisen: Man kann ohne diese und ohne jede Trüffel leben und vor allem ohne steuerbegünstigte Trüffel. Der Hummer wird zu Recht auch mit 19 % besteuert (ja ich weiß: der verarbeitete als lebensnotwendig nur mit 7 %). Man kann auch ohne frischen Hummer ... Wenn das für den Genossen R. zum Monatsende zu hart wird: Notfalls auf verarbeiteten Hummer ausweichen!

Meine umsatzsteuerrechtlichen Erläuterungen zum Adventskranz kritisiert der Genosse R. nicht. Steuerrechtlich bringen uns auch Gänsestopfleber und Schildkrötensuppe nicht weiter. Nach seiner kruden Logik könnte man auch die Vermögensteuer ablehnen, weil ein Botticelli doch so schön anzuschauen ist, und anderen vorwerfen, Kunstbanause zu sein. Oder die Kraftfahrzeugsteuer ablehnen, weil es doch viel Spaß macht, mit dem Cabrio durch die sommerliche Toskana zu fahren.

Der Genosse R. darf, soll und meinerseits muß Trüffelhaufen seiner Wahl, Kaviarberge bis zum Abwinken, Gänsestopfleber kilowise essen, und mit faßweise Brunello nachspülen, es sei ihm von Herzen gegönnt. Er soll aber für alles 19 % Mehrwertsteuer zahlen, nicht nur für den Kaviar. Steuerrechtlich lehrt uns sein Leserbrief allerdings, daß mein Ansatz, durch eine Berliner Bundesratsinitiative einzelne besonders absurde steuerliche Begünstigungen anzugehen, in der Tat nicht ausreicht. Gefordert ist vielmehr ein umfassender sozialdemokratischer Vorschlag, was als lebensnotwendig zu begünstigen ist. Hier können wir hinsichtlich der Lebensmittel von der Berechnung des Hartz IV-Satzes ausgehen, zusätzlich abgesichert durch die unvergessenen Kochrezepte des Thilo S. für Hartz IV-Empfänger. Hartz IV gilt doch als alle lebensnotwendigen Lebensmittel umfassend, oder hat man mir da was falsches erzählt? Welche Trüffel da wohl dabei ist ...

Mein Rat: Am Donnerstag um 14:00 Uhr für ein Stündchen in Steglitz, Schloßstraße 44 d, stoppen. Dort kann man die anstehenden Leute fragen, welche Lebensmittel deren Meinung nach lebensnotwendig sind und steuerbegünstigt sein müssen. Aber Obacht: Das ist nicht die Deutsche Akademie für Kulinaristik, sondern die Matthäus-Gemeinde und die Ausgabestelle der Berliner Tafel. Ich gehe derweil mal wieder in der Schloßstraße, Ecke Kieler Straße, zur Bratpfanne und esse im Stehen eine teure 19 % - Curry, weil man Curry mit Pommes rot-weiß frisch und warm essen muß, auch wenn's beim Mitnehmen steuerbegünstigt wäre. **Dr. Hans Willi Weinzen, einfaches Mitglied der 10. Abt.** □

Finanzmärkte:

# Nervosität oder Spekulation?

Wirtschaftswissenschaftler zur Euro-Stabilisierung: Garantien ausweiten, Binnennachfrage stärken

**Die zunehmend irrationalen Ausschläge an den Finanzmärkten sind nur zu beruhigen, wenn die Märkte ein überzeugendes Signal dafür erhalten, dass alle Staatsanleihen in der Währungszone sicher sind. Darauf weist das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung hin.**

Dazu sollte der Euro-Rettungsschirm rasch dahingehend erweitert werden, dass er die bereits existierenden Staatschuldtitel von Krisenländern garantiert. Flankierend sollte die Europäische Zentralbank bereit sein, Staatsanleihen auch in größerem Umfang als bisher aufzukaufen und so marktausgleichend zu wirken.

„Beinahe wöchentlich verlängert sich die Liste der Euro-Länder, denen Finanzmarktakteure massive finanzielle Probleme unterstellen. Wenn sogar ein Land wie Belgien ins Gerede kommt, hat das nichts mehr mit einer rationalen Bewertung wirt-

schaftlicher Daten zu tun. Dahinter steckt entweder eine grenzenlose Nervosität oder spekulative Attacken“, sagt Prof. Dr. Gustav A. Horn, der Wissenschaftliche Direktor des IMK. „So oder so liefern die Finanzmärkte erneut ein Beispiel für ihre gefährliche Irrationalität. Die Fundamentalskepsis gegenüber dem Euro ist zum Selbstläufer geworden.“

## GARANTIESCHIRM OHNE OBERGRENZE?

Die EU-Staaten könnten die Entwicklung stoppen, indem sie den Garantieschirm massiv erweiterten. Dabei sei es besser, keine Obergrenze für das Garantievolumen mehr zu nennen, sondern alle existierenden Staatsanleihen zu garantieren, empfiehlt das IMK. „Das nimmt Spekulanten einen Ansatzpunkt, die Entschlossenheit der Politik immer wieder zu testen“, so Horn.

Um die Eurokrise dauerhaft zu entschär-

fen, empfehlen die Wissenschaftler für die kommenden Jahre einen aufeinander abgestimmten Mix von Maßnahmen. So sollten ab 2013 Eurobonds aufgelegt und ein Europäischer Währungsfonds gegründet werden.

Die Steuerbasis in den Krisenländern sollte verbreitert und ein verbindliches Mindestniveau der Besteuerung EU-weit etabliert werden. Schließlich sollte es in Deutschland und anderen EU-Staaten mit Leistungsbilanzüberschüssen in den kommenden Jahren weiterhin Investitionsprogramme geben, um die Binnennachfrage zu stärken. Dies sei notwendiger Bestandteil eines Stabilisierungskonzepts.

Wenn alle EU-Länder undifferenziert und gleichzeitig auf Sparkurs gingen, bringe das mehr Schaden als Nutzen. „Das könnte die Konjunktur schwer schädigen und eine echte Konsolidierung der Staatsfinanzen unnötig erschweren“, so das IMK.

PM □

Steuerrecht:

# Die Ehe ist geschützt, nicht das Splitting

ASJ-Bundesvorsitzende Anke Pörksen fordert Entlastung für Familien mit Kindern

**In ihrem Fortschrittpapier hat die SPD u.a. einen Umstieg vom Ehegattensplitting auf eine steuerliche Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefordert. Den Vorwürfen von CDU und FDP, dies könne gegen die Verfassung verstoßen, widerspricht Anke Pörksen, Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ), entschieden.**

Der Artikel 6 Absatz 1 des Grundgesetzes stellt Ehe und Familie unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Dieser besondere Schutz bedeutet, so wiederholt das Bundesverfassungsgericht, dass der Staat Ehe und Familie vor Beeinträchtigungen durch andere Kräfte bewahren und durch geeignete Maßnahmen fördern muss, aber auch selbst die Ehe nicht schädigen oder sonst beeinträchtigen darf.

Das Instrument des Ehegattensplittings

fördert jedoch nicht die Ehe an sich, sondern nur ganz bestimmte Formen der Ehe. Einen Splittingvorteil haben nur Ehen, in denen deutliche Einkommensunterschiede zwischen den Ehepartnern bestehen, klassischerweise die Einverdiener Ehe, in der die Frau zu Hause bleibt.

Den Splittingvorteil haben auch kinderlose Ehen. Benachteiligt werden jedoch Familien, in denen beide Eltern berufstätig sind – und das trotz der mit Kindern und Berufstätigkeit verbundenen höheren Kosten. Benachteiligt werden auch Familien, in denen die Eltern ohne Trauschein zusammenleben. Insofern gibt es zu Recht immer wieder verfassungsrechtliche Bedenken gegen das Ehegattensplitting.

Mit der in dem Fortschrittpapier der SPD erhobenen Forderung, vom Ehegattensplitting auf eine steuerliche Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf umzusteigen, wird nicht eine Steuererhöhung bezweckt, sondern eine fairere Lastenverteilung.

Wir setzen uns ein für Steuermodelle, mit denen eine steuerliche Entlastung tatsächlich bei Familien mit Kindern spürbar wird. Dieser Weg wird kein leichter sein, aber er lohnt sich und wird den grundgesetzlichen Vorgaben deutlich stärker gerecht als das traditionelle Ehegattensplitting.

Anke Pörksen □

**P**OST AN DIE BERLINER STIMME, MÜLLERSTR. 163, 13353 BERLIN

PRIVATWIRTSCHAFTLICHE  
EROSION IM BILDUNGSWESEN

**Betr.: Rezension von Gesine Schwans Buch in der Berliner Stimme 1-2011**

Das Buch „Bildung: Ware oder öffentliches Gut?“ von Gesine Schwan finde ich enorm wichtig, da es im öffentlichen Raum noch immer viel zu wenig Stimmen gibt, die sich der privatwirtschaftlichen Erosion des Bildungswesens entgegenstemmen.

Die Bedeutung dieses Themas legt den Gedanken nahe, dass die SPD allmählich anfangen sollte, diese (Fehl-)Entwicklung zu einem zentralen Wahlkampfthema zu machen. Schließlich hat der 'privatwirt-

schaftliche Beutezug' auch schon im Schulbereich Einzug gehalten.

Die Besprechung des Buches hat mir insgesamt ebenfalls sehr gut gefallen, aber der vorletzte Satz enthielt für meinen Geschmack zu viel 'Konsensbereitschaft': „Und er ist ein engagierter Beitrag zur Stärkung öffentlicher Güter - was nicht unbedingt mehr Staat bedeuten muss, sondern auch mehr Genossenschaft sein kann.“

Das alles ist sicherlich richtig, aber ich finde, dass in Zeiten, in denen der Staat von interessierter Seite dermaßen niedergemacht wird, jede auch nur angedeutete Kompromissbereitschaft wie ein Kniefall wirken kann.

Magda von Garrel □

# Per Mausclick zum „Handlungsgehilfen“

## Die Presse der Gewerkschaftsbewegung wird digitalisiert

In der Zeitungsstadt Berlin waren bis 1933 die meisten Redaktionen der breit gefächerten Gewerkschaftspublizistik angesiedelt. Ein großer Teil der Zeitungen hat die Nazizeit sowie den Krieg überlebt und lagert in der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Bonn. Vor dem physischen Zerfall dieser Bestände soll nun modernste Computertechnik schützen: die Digitalisierung.

Rüdiger Zimmermann, Leiter der FES-Bibliothek sieht darin nicht nur eine Rettung gewerkschaftlicher Quellenbestände, sondern, die Publikationen sind für jedermann erreichbar, auch eine Demokratisierung des gewerkschaftlichen Gedächtnisses. Die Digitalisierung, finanziell unterstützt von der Deutschen Forschungsgemeinschaft, ist eingebettet in das Kooperationsprojekt „Gewerkschaftsgeschichte“ der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Hans-Böckler-Stiftung.

Im Dezember 2010 hat die Friedrich-Ebert-Stiftung die wichtigsten Publikationen der freien, sozialdemokratisch orientierten, Angestelltenbewegung ins Netz gestellt. Da ist das „Handlungsgehilfenblatt“ zu finden, erstmals im Juli 1897 erschienen und herausgegeben vom gerade gegründeten „Centralverband der Handlungsgehilfen und Gehülfinnen“. Als Nachfolgeblatt in der Weimarer Republik erscheint „Der freie Angestellte“, dessen



Das Handlungsgehilfen-Blatt von 1897

Redaktion in Berlin-Kreuzberg ihren Sitz hatte. In Moabit, in der Werftstraße, entsteht bis April 1933 die „Afa-Bundeszeitung“, das Funktionsorgan des Allgemeinen freien Angestelltenbundes.

„Gewerkschaftszeitungen zu bewahren und zugänglich zu machen, hat die Friedrich-Ebert Stiftung als wichtige Aufgabe erkannt und mit der Digitalisierung dieser Quellen einen zeitgemäßen Weg beschritten. Ein großartiges Projekt der Friedrich-Ebert-Stiftung. Es eröffnet neue Dimensionen in der Aufarbeitung der Gewerk-

schaftsgeschichte und wird den Erkenntnishorizont deutlich erweitern“, lobt Hartmut Simon, Leiter des Archivs beim ver.di-Bundesvorstand, die Digitalisierung der frühen Angestelltenpublizistik, sieht sich ver.di doch in der Tradition der Angestelltenbewegung.

Als Digitalisat über das Web-Portal der Friedrich-Ebert-Stiftung sind die gewerkschaftlichen Theorieorgane des ADGB von 1924 bis 1933 „Die Arbeit“ sowie des DGB von 1950 bis 2004 die „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ erreichbar. Weitere Digitalisierungen von Gewerkschaftszeitungen werden vorbereitet, „wenn auch nicht alle als Volltext“, wie Zimmermann mit Blick auf die Finanzierung bedauert. Mit der Digitalisierung der Gewerkschaftspublikationen wird ein gutes Stück Gewerkschaftsgeschichte für jedermann zugänglich. Zimmermann hat damit seine Schatzkammer einen Türspalt geöffnet, denn in seiner Bonner Katakomben lagern etwa 900 000 Druckwerke der Gewerkschaftsbewegung national und international.

Die digitalisierten Publikationen der freien Angestelltenbewegung bis 1933 ist zu finden unter der Website www.fes.de und zwar unter Bibliothek/Digitale Bibliothek/Zeitschriften-Digitalisierungen/Das gedruckte Gedächtnis der Tertiärisierung - eine leider wenig einleuchtende Adressierung.

Gunter Lange □

# Was ist eigentlich Fortschritt?

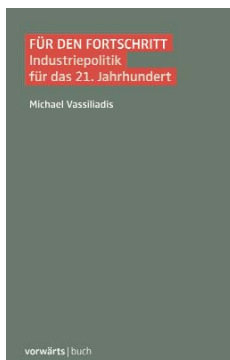
## Michael Vassiliadis beschreibt eine „Industriepolitik für das 21. Jahrhundert“

Seit 2009 ist Michael Vassiliadis Vorsitzender der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), einer Gewerkschaft, die sich frühzeitig mit dem industriellen Wandel auseinandersetzen musste. In seinem Buch „Für den Fortschritt“, Ende vergangenen Jahres im vorwärts-Buchverlag erschienen, wirbt er für neue „Bewegung für Fortschritt, Gerechtigkeit und Umwelt“.

Drei Jahrzehnte lang habe in der Bundesrepublik eine Kultur des Fortschritts für eine dynamische Wirtschaftsentwicklung gesorgt, zuletzt aber sei technischer Fortschritt vor allem unter dem Risikoaspekt betrachtet worden, kaum noch unter dem seiner Nützlichkeit. Vassiliadis, Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung, fordert ein Umdenken. Es brauche eine neue Kultur des Fortschritts, die Technologie, Ökonomie, Gesellschaft, Umwelt und Demokratie umfasst.

Vassiliadis beschreibt die „Erosion des

Michael Vassiliadis  
Für den Fortschritt  
Industriepolitik für  
das 21. Jahrhundert  
120 Seiten  
Broschur, 12 x 18 cm  
Preis 10,00  
ISBN 978-3-86602-891-3



Sozialen“, eine gesellschaftliche Entwicklung, in der Armutslöhne und Leiharbeit zur Spaltung der Gesellschaft beitragen. Unter solchen Vorzeichen wird Fortschritt nicht mehr als positiv empfunden. Aber es geht dem Gewerkschafter vor allem um den Blick nach vorn: Technologischer Fortschritt könnte „unser Land als Hochleistungs- und so auch als Hochlohnland sta-

bilisieren“. Und damit auch die Sozialsysteme festigen.

Vassiliadis beschreibt die Potenziale einer neuen Industriepolitik, die Mobilitätsbranche, den Gesundheitssektor. Er fordert, neue Techniken gegen den Klimawandel zu entwickeln und Wertschöpfung energieeffizient zu organisieren – eine nachhaltige Industriepolitik könne ökologische Ziele aber nicht absolut setzen, meint Vassiliadis.

Gewerkschaften waren in der Vergangenheit eine treibende Kraft des Fortschritts, das müssten sie auch in der Zukunft sein. Vassiliadis bekräftigt zugleich die Verantwortung der Unternehmen für die soziale, ökonomische und ökologische Entwicklung.

Soziale Gerechtigkeit sei ein dominierender Wert in der Gesellschaft, hieran könne fortschrittliche Politik anknüpfen. „Unsere Gesellschaft muss sich bewegen“, so Vassiliadis. U. H. □

100. Todestag:

# „Ein guter Berliner Bürger“

Zu Paul Singers Begräbnis kamen Hunderttausende

**Hunderttausende gaben Paul Singer am 5. Februar 1911 das letzte Geleit, als er in Friedrichsfelde beigesetzt wurde. Zwei Jahrzehnte lang war er einer der beiden Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gewesen, er hatte der Reichstagsfraktion vorgestanden und die Berliner Kommunalpolitik mitbestimmt. Zugleich war der Sozialdemokrat ein erfolgreicher Unternehmer und Verleger, geachtet von den Arbeitern ebenso wie vom Bürgertum.**

Es war ein Sonntag, an dem die Beerdigung stattfand. Der Magistrat von Berlin hatte dies genehmigt, wohl auch um den langjährigen Berliner Kommunalpolitiker zu ehren. Trauergäste kamen aus der ganzen Welt. Abgesandte der sozialistischen Arbeiterpartei Hollands waren dabei, der schwedische Parteivorstand hatte Vertreter geschickt, der Allgemeine Gewerkschaftsbund Bulgariens, die sozialistische Partei New York, die Brüsseler Gruppen russischer Sozialdemokraten und viele andere. Mit im Trauerzug waren auch Berlins Oberbürgermeister Max Forckenbeck und Mitglieder des Magistrats. Es war, so schrieb das Berliner Tageblatt am folgenden Tag, nicht nur eine „imposante Manifestation einer Partei“: „Jeder, der in diesem Zuge schritt, und jeder, der an dem langen Weg stand, hatte, unabhängig von aller politischen Überzeugung, das klare Gefühl, dass man hier einen braven, wohlthätigen Menschen, einen guten Berliner Bürger zur letzten Ruhe trug.“

Paul Singer war hochgeachtet auch bei den politischen Gegnern der Sozialdemokratie. Dabei war das keine Selbstverständlichkeit, denn in der Sache machte der Parteichef Singer keine Kompromisse mit den bürgerlichen Parteien.

1844 wird Paul Singer in Berlin geboren, er ist das neunte Kind eines jüdischen Kaufmannsehepaars. Der Vater stirbt im Revolutionsjahr 1848, der Familie bleibt wenig Geld. Mit 14 Jahren muss Paul Singer die Realschule verlassen und 1858 eine kaufmännische Lehre beginnen. Bei der linksliberalen Deutschen Fortschrittspartei engagiert er sich ab 1862 politisch.

Seine Freundschaft mit den Sozialdemokraten Wilhelm Liebknecht und August Bebel nahm 1868 ihren Anfang. „Singer war damals noch Demokrat, aber mit starkem sozialen Empfinden, wie sich bald nachher zeigte“, notierte August Bebel. Singer wurde noch im selben Jahr Mitbegründer des Demokratischen Arbeitervereins und Mitglied im Berliner Arbeiterverein.



Andreas Köhler, Vorsitzender des Paul-Singer-Vereins, vor einem Porträt Singers.

Foto: Horb

Zusammen mit seinem ältesten Bruder eröffnete Paul Singer 1869 eine Damenmäntelfabrik in Berlin, damit stellte sich auch der wirtschaftliche Erfolg ein. Damit war es ihm möglich, die Sozialdemokratie finanziell zu unterstützen, aber auch soziale Einrichtungen wie den „Berliner Asylverein für Obdachlose“.

1878 zwang das Sozialistengesetz die Sozialdemokratie in die Illegalität. Singer vertrat die illegale Parteiführung in Berlin, er hielt den Kontakt zu Karl Marx und Friedrich Engels. 1883 wurde er als einer von fünf Sozialdemokraten in die Berliner

Stadtverordnetenversammlung gewählt, ein Jahr später in den Reichstag. Antisemitische Verleumdungen konnten ihm nichts anhaben. Singer finanzierte 1884 die Gründung des Berliner Volksblatts, Vorläufer des „Vorwärts“, der nach dem Ende des Sozialistengesetzes gegründet wurde. 1886 wurde er - noch auf Grundlage des Sozialistengesetzes - aus Berlin ausgewiesen genauso und ging nach Dresden. Im Jahr darauf zog er sich aus seiner Konfektionsfirma zurück.

Die Sozialdemokratie kam gestärkt aus der Zeit des Verbots. Als sie 1890 wieder öffentlich in Erscheinung treten konnte, wurde Paul Singer neben August Bebel zu einem ihrer beiden Vorsitzenden gewählt. Bis auf das Jahr 1901 leitet er souverän die Parteitage der SPD. Politisch steht er dabei eher den Kräften nahe, die revolutionäre Veränderungen für notwendig halten. Aber auch wenn er Bernsteins Revisionismus für falsch hält, dem geforderten Parteiausschluss stimmt er nicht zu.

Stadtverordneter und Reichstagsabgeordneter blieb er bis zu seinem Tod am 31. Januar 1911. Politische Arbeit im Parlament verband er mit Aktionen und Versammlungen auf der Straße, er gilt als Pionier sozialdemokratischer Kommunalpolitik. Aber Paul Singer gehört auch, wie Lenin, dem Internationalen Sozialistischen Büro an, dem Exekutivorgan der Internationale,

Dass Singers Name heute dennoch weniger bekannt ist, dafür macht Singer-Biographin Ursula Reuter die Nazi-Zeit verantwortlich, in der „nicht zuletzt das stark ausgeprägte historische Gedächtnis der deutschen Sozialisten zu großen Teilen zerstört“ wurde. **U.H. □**

## Kranzniederlegung am 31. Januar

**Zu einer Kranzniederlegung anlässlich des 100. Todestages von Paul Singer laden der SPD-Parteivorstand und die Berliner SPD am 31. Januar 2011 um 13.00 Uhr auf dem Friedhof der Sozialisten (Zentralfriedhof Friedrichsfelde), Gudenstraße 20, 10365 Berlin-Lichtenberg. Die Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind zur Teilnahme eingeladen.**

Die Anfahrt mit öffentlichen Verkehrsmittel ist mit der BVG-Buslinie 193 möglich, die als Ringlinie vom S+U-Bahnhof Lichtenberg, Ausgang Siegfriedstraße alle 20 Minuten (zu den Minuten 02; 22; 42) bis zur Haltestelle Zentralfriedhof fährt. **BS □**

# Ein überzeugender Sozialdemokrat

Reinickendorfer SPD trauert um Oswald „Ossi“ Schulz

**Am Sonntag, dem 05.12.2010 verstarb unser Genosse Oswald Schulz, der von den Reinickendorfer SPD- und AWO-Mitgliedern liebe- und respektvoll Ossi genannt wurde. Am 31. Oktober 2010 konnte er noch aus der Hand des Reinickendorfer Kreisvorsitzenden Jörg Stroedter die Ehrenmedaille für eine achtzigjährige, aktive Mitgliedschaft in der SPD entgegennehmen.**

Ossi wurde am 17. Juli 1912 in Hamburg geboren. Bevor er 1930 in die SPD eintrat, engagierte er sich bereits mehrere Jahre bei den sozialdemokratischen Kinderfreunden.

Während der Nazidiktatur reiste Ossi mehrfach illegal als Kurier nach Dänemark und verschaffte so für die Genossinnen und Genossen notwendige Informationen. Nach Kriegsende war er als überzeugter Sozialdemokrat einer der ersten Mitglieder der wiedergegründeten Berliner SPD.

Jahrelang arbeitete Ossi als Hausmeister in der Wedding „Schrippenkirche“ und



*Für achtzigjährige Mitgliedschaft wurde Oswald Schulz im vergangenen Oktober vom Kreisvorsitzenden Jörg Stroedter geehrt.*

half, die ärgste Not der Nachkriegszeit zu lindern. Bei der Betreuung von Berliner Kindern in den damaligen Westzonen war Ossi ebenso aktiv wie beim Aufbau der AWO in Berlin. Ernst Reuter, Franz Neumann und andere prominente Sozialdemo-

kraten der ersten Stunde lernte Ossi noch in der aktiven Arbeit persönlich kennen.

Ossi war viele Jahre aktives Mitglied im Abteilungsvorstand der SPD und Vorsitzender der AWO Konradshöhe/Tegelort. In dieser Zeit organisierte er für die AWO mehr als zehn Jahre lang Kurferien für ältere Mitglieder und Freunde in den Monte-Grotto-Thermen.

Für seine ehrenamtliche politische und soziale Arbeit wurde Ossi 1994 vom Bundespräsidenten zu recht das Bundesverdienstkreuz verliehen. Damit wurde ein Sozialdemokrat geehrt, der aufopferungsvoll, zupackend und stets ehrlich Politik gemacht und anderen Menschen stets freundlich geholfen hat - Ossi hat sich um unser Land und die Sozialdemokratie verdient gemacht!

Für alle jüngeren Genossinnen und Genossen war er und bleibt er ein Vorbild. Wir werden Ossi immer in liebevoller Erinnerung behalten.

**Hartmut Wiedemann** □

**Aus Datenschutzgründen  
nicht in der  
Internetversion enthalten**

## T ERMIN E

- 30.01.2011, 13:00 **Erinnerung braucht einen Ort** - Gedenkveranstaltung, mit Mechthild Rawert, MdB, Gedenktafel, Schwäbische Straße 25, 10871 Berlin
- 31.01.2011, 13:00, **Kranzniederlegung anlässlich des 100. Todestages von Paul Singer**, SPD Berlin, Friedhof der Sozialisten (Zentralfriedhof Friedrichsfelde), Gudrunstraße 20, 10365 Berlin-Lichtenberg
- 01.02.2011, 16:00 - 18:30, **Sprechstunde der Bundestagsabgeordneten Dr. Eva Högl - Mitte**, Wahlkreisbüro Dr. Eva Högl, Müllerstraße 163, 13353 Berlin. Bitte anmelden unter: [eva.hoegl\[at\]jwk.bundestag.de](mailto:eva.hoegl[at]jwk.bundestag.de)
- 01.02.2011, 19:00, Stammtisch: Eva & Friends, mit Eva Högl, MdB, Lola's Bar, Auguststraße 2, 10117 Berlin. Zu Gast: Uli Davids Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung in Berlin-Mitte
- 02.02.2011, um 19.30 Uhr, **50. Jour fixe des Kulturforums Stadt Berlin, NBI Club in der Kulturbrauerei**, Schönhauser Allee 36, 10435 Berlin. Die renommierte und lebendige Clubszene unserer Stadt beheimatet als Live-Musik-Veranstalter vielfältige Stilrichtungen der Berliner Popmusik. Dazu gehört auch der NBI-Club (Neue Berliner Initiative) in der Kulturbrauerei im Prenzlauer Berg. Die Clubbetreiber Andreas Stobernack und Dirk Mitlehner, stellen den NBI Club vor. Weiterhin werden Rainer Grigutsch von der Club Commission und Sören Birke von der Berlin Music Commission zur allgemeinen Situation der Berliner Clubs als kompetente Gesprächspartner zur Verfügung stehen.
- 02.02.2011, um 15.00 Uhr, **Seniorensprechstunde der SPD Spandau** mit Raed Saleh und Helmut Kleebank, in der Konditorei Fester, Markt 4, 13597 Berlin-Spandau
- 03.02.2011, 19:30, Freundeskreis Willy-Brandt-Haus e.V., **Ausstellungseröffnung: Dignity – Die Würde des Menschen - Fotografien von Dana Gluckstein**. Anlässlich des 50jährigen Bestehens der Menschenrechtsorganisation Amnesty International im Jahr 2011 zeigt der Freundeskreis Willy-Brandt-Haus e.V. Werke der amerikanischen Fotografin als Hommage an die Menschen dieser Erde, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin. Mit Heidi Wiczorek-Zeul, MdB, und Monika Lüke, Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland, Ausstellung vom 4.02. bis 25.03.2011. Dienstag bis Sonntag 12 bis 18 Uhr, Eintritt frei, Ausweis erforderlich
- 04.02.2011, 13:00 - 14:00, **Sprechstunde der Bundestagsabgeordneten Mechthild Rawert** - Tempelhof-Schöneberg, Wahlkreisbüro, Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin. Bitte unbedingt anmelden: [mechthild.rawert@wk.bundestag.de](mailto:mechthild.rawert@wk.bundestag.de)
- 05.02.2011, 10:00 - 12:00, **Frühstück und Informationen für Arbeitslose der SPD**

**Neukölln** - Abt. Rixdorf, Kiosk am Reuterplatz, Reuter-Ecke, Weserstraße, 12047 Berlin. Interessierte jeden Alters und jeder Berufssparte sind eingeladen, sich an diesem gemütlichen und informativen Vormittag zu beteiligen. Die Abteilung Rixdorf der SPD Neukölln und das Mitglied des Abgeordnetenhauses, Frau Kirsten Flesch, werden anwesend sein. Die Treffen finden immer am ersten Samstag eines Monats statt.

■ 07.02.2011, 15:00 **Gedenkveranstaltung für Hatun Sürücü**. Die SPD Steglitz-Zehlendorf - AG Migration ruft zur Teilnahme auf. Oberlandstraße Ecke, Oberlandgarten, 12099 Berlin

■ 08.02.2011, 18:00, **Bürgerversammlung: Zur Zukunft der Rieselfelder Karolinenhöhe in Gatow**, SPD Spandau - Abt. Gatow/Kladow, Restaurant „Casa Italiana Da Alberto“, Alt-Gatow 3-5, 14089 Berlin

■ 09.02.2011, 20:00 **Mietenpolitik in Berlin - zwischen Verdrängung und Gentrifizierung**, Referent: Stadtsoziologe Andrej Holm, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Dahlem, Friedenszentrum, Pacelliallee 61, 14195 Berlin

■ 09.02.2011, 14:00 - 16:00, **Kinder- und Jugendpolitik aus bezirklicher Sicht**, mit Reinhard Naumann, Bezirksstadtrat in Charlottenburg-Wilmersdorf für Jugend, Familie, Schule und Sport. AG 60 plus, Stiftung BSW, Panoramastraße 1, 10178 Berlin (ÖPNV: U2 bis Alexanderplatz, S-Bahn Alexanderplatz, Mittelzugang benutzen und rechts vom Fernsehturm beginnt die Panoramastr. 1, über den Hof, nach links zum Aufgang B, mit dem Fahrstuhl bis zur 3. Etage)

■ 14.02.2011, 18:00, **Berlin miteinander - Programmdialog I**, SPD Berlin, mitgliederöffentlich für Mitglieder aus Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg, Pankow und Reinickendorf, Uferstudios, Studio 14, Uferstraße 23, 13357 Berlin (ÖPNV: U9 Bhf. Nauener Platz, U8 Bhf. Pankstraße. Anmeldung: [www.spd-berlin.de/programmdialog1](http://www.spd-berlin.de/programmdialog1))

■ 16.02.2011, 16:00, **Spandauer Seniorenfachtagung**, SPD Spandau. Interessierte, die an der Fachtagung teilnehmen möchten, können sich bis zum Freitag, 11.2.2011, im Kreisbüro der SPD Spandau anmelden und dort den Ort erfragen. Telefon: 333 71 65 oder eMail: [kreis.spandau\[at\]spd.de](mailto:kreis.spandau[at]spd.de) Berlin

■ 16.02.2011, 18:30 - 20:30, **Straßenbahn-Ausbauplanungen und Straßenumbauten durch Planwerk Innenstadt**, Veranstalter: Christian Gaebler, MdA / Fachausschuss Mobilität, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 320, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ 17.02.2011, 19:00, **Finissage der Ausstellung: Lesung und Gespräch mit Apti Bisultanov, tschetschenischer Dichter**, August-Bebel-Institut, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin

■ 18.02.2011, 18:00, **Berlin miteinander - Programmdialog 2**, SPD Berlin, mitgliederöffentlich für Mitglieder aus Neukölln, Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Kö-

penick, Mensa der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin - Campus Treskowallee, Römerweg 39, 10318 Berlin (ÖPNV: Tram Linien 17, 27 und 37, Haltestelle Treskowallee / HTW, U 5 Bhf. Tierpark - Campus Treskowallee - Zugang zur Mensa über die Zufahrt Römerweg 39)

■ 23.02.2011, 18:00 - 19:30, **Erwachsenenbildung/Volkshochschule/Zweiter Bildungsweg**, AfB Charlottenburg-Wilmersdorf, SPD Bürgerbüro, Goethestraße 15, 10625 Berlin

■ 23.02.2011, 20:00, **Kommunalpolitik im Bezirk und Wahlprogramm**, mit den Bezirksverordneten Renate Krohm und Volker Semler, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Dahlem, Friedenszentrum, Pacelliallee 61, 14195 Berlin

■ 24.02.2011, 18:00, **Berlin miteinander - Programmdialog 3**, SPD Berlin, mitgliederöffentlich für Mitglieder aus Charlottenburg-Wilmersdorf, Spandau, Steglitz-Zehlendorf und Tempelhof-Schöneberg, Rathaus Schöneberg, Willy-Brandt-Saal, John-F.-Kennedy-Platz, 10820 Berlin (ÖPNV: U 4 Bhf. Rathaus Schöneberg, Bus 104, M 46)

■ weitere Termine unter [www.spd-berlin.de/termine](http://www.spd-berlin.de/termine)



*Eröffnung der Ausstellung „Über(s) Leben“ in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus. Die Ausstellung berichtet vom Leben tschetschenischer Jugendlicher in Berlin.*

## Lyrik aus Tschetschenien

**Das August-Bebel-Institut lädt am 17. Februar zur Finissage seiner aktuellen Ausstellung mit einer Lesung und einem Gespräch mit Apti Bisultanov.**

Bisultanov lebt seit 2002 in Wien im Exil. In der Zeit der Unabhängigkeit war er Vizepremier von Tschetschenien. 1992 erhielt er für sein Poem "In Chaibach verfasst", das den Opfern der Deportation unter Stalin gewidmet ist, den tschetschenischen Nationalpreis. Außerdem wurde er mit dem Preis der Stiftung Poets of all Nations 2003 geehrt. 2005 erschien sein Lyrikband "Der Schatten eines Blitzes" im Kitab Verlag.

BS □

➡ Donnerstag, 17. Februar 2011, 19.00 Uhr, Galerie im Kurt Schumacher Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin, U-Bhf. Wedding, Veranstaltung Q 76.5. Anmeldung erbeten unter: [kontakt\[at\]august-bebel-institut.de](mailto:kontakt[at]august-bebel-institut.de) oder telefonisch unter 4692-121

## Die Berliner Stimme im Abonnement

**Änderungen beim Abonnement?** Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

**Sie haben noch kein Abonnement?** Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

## Bilder voller Würde

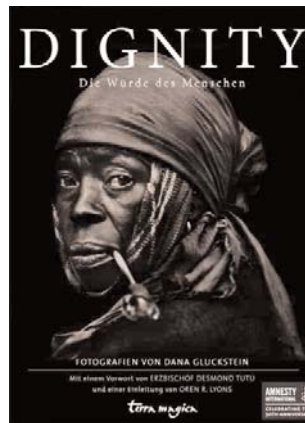
Fotos von Dana Gluckstein im Willy-Brandt-Haus

**„Ich bin davon überzeugt, dass indigene Völker über für unseren Planeten essentielle, lebenswichtige Erfahrungen und Weisheit verfügen und, wenn die Welt nicht dringend handelt, ein Großteil davon in den nächsten Jahren verschwinden wird“, sagt die Fotografin Dana Gluckstein.**

Drei Jahrzehnte lang hat die heute 52-jährige in aller Welt immer wieder Menschen fotografiert, die zu den indigenen Völkern gehören, zu den Ureinwohnern ihrer Länder und Kontinente. Entstanden sind ausdrucksstarke Porträts, die vom 4. Februar an in einer Ausstellung im Willy-Brandt-Haus zu sehen sind. „Meine Absicht und mein tiefer Wunsch als Fotografin sind, dass diese Bilder von den Bewahrern der uralten Weisheiten als eine Stimme ihrer Kulturen betrachtet werden und als Leuchtfener, das die Welt auf ihrer Suche nach Wegen des Überlebens leitet.“

„Dignity - Die Würde des Menschen“ ist der Titel der Ausstellung und eines Bildbandes, der zum 50. Jahrestag von Amnesty International erschienen ist. Dana Glucksteins porträtierte Krieger und Häuptlinge der Masai, Hereros, Ovazembamädchen und Tänzer des Goba-Stammes,

*Dignity. Die Würde des Menschen*  
Dana Gluckstein  
Reich 2010  
ISBN-13: 978-3724310297



fidschianische Krieger und den Stammesältesten der San. Ihre Fotografien drücken das Lebensgefühl der Menschen aus und sind ein Aufruf, sich mit ihnen für ihre Rechte und die ihrer Völker einzusetzen.

**BS/uh □**

➔ Ausstellungseröffnung Donnerstag, 3. Februar 2011, um 19:30 Uhr mit Heidi Wiczorek-Zeul, MdB, Monika Lücke, Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland. Zu sehen bis 25. März 2011, Öffnungszeiten Dienstag bis Sonntag, 12 bis 18 Uhr; Eintritt frei, Personalausweis erforderlich

## Wachsende Ausstellung

„Wir waren Nachbarn“ zeigt wieder neue Biographien

**Die Ausstellung „Wir waren Nachbarn“ im Rathaus Schöneberg ist erneut um fünf Geschichten vom Überleben während der Nazi-Zeit erweitert worden.**

Im siebten Jahr ist die Ausstellung auf nunmehr 136 biografische Alben angewachsen. Sie stellen von sehr unterschiedliche Biografien dar und erzählen vom ganzen Leben, nicht nur über die Jahre der Verfolgung und der Shoa: Ein Kaleidoskop

jüdischen Lebens, in dem die Geschichten bekannter Persönlichkeiten neben denen von Familien liegen, an die sich niemand erinnern würde.

➔ Wir waren Nachbarn, 136 Biografien jüdischer Zeitzeugen, Rathaus Schöneberg, Ausstellungshalle. Öffnungszeiten: Alle Tage (außer Freitag) 10-18 Uhr

➔ Zeitzeugengespräch mit Hellmut Stern, Sa. 29. Januar, 19 – 21.30 Uhr, Rathaus Schöneberg, Goldener Saal

## KULTURTIPPS

**Water makes Money.** Der Dokumentarfilm von Leslie Franke und Herdolor Lorenz über die Folgen von Privatisierungen bei der Wasserversorgung (siehe BERLINER STIMME vom 30. Oktober 2010) wird am 10. Februar im „Sputnik-Kino“ am Südstern gezeigt. Im Anschluss ist eine Diskussion gepulant. Im März wird der Film zudem im Fernsehen zu sehen sein: Trotz einer jetzt eingereichten Verleumdungsklage des französischen Konzerns VEOLIA, der auch an den Berliner Wasserbetrieben beteiligt ist, hält der Fernsehsender ARTE, der mit dem ZDF zu den Koproduzenten gehört, an seiner Planung fest, eine TV-Fassung des Films am Internationalen Wassertag, am 22. März 2011 um 20 Uhr 15 auszustrahlen.

➔ „Water makes money“, 10. Februar ab 19 Uhr, Filmvorführung und Diskussion im „Sputnik“-Kino, Hasenheide 54 Der Eintritt ist kostenlos.

**„Bauen auf Kunst“**

ist der Titel einer Ausstellung der Reinickendorfer Künstlerin Sabine Schultze, die am gestrigen Freitag um 16 Uhr im SPD-Kreisbüro Reinickendorf am Waidmannsluster Damm 149 eröffnet wurde. Zu sehen sind Berlin-Motive in Acryl, Öl, Pastell, Aquarell und Mischtechniken, die dem ständigen „Werden der Stadt“ Ausdruck verleihen. Die Diplom Kommunikationswirtin setzt sich seit 1999 intensiv mit Malerei auseinander, sie bietet Workshops für Kinder und Erwachsene an. Unterstützt wird die Ausstellung vom SPD-Abgeordnetenhauskandidaten Dieter Dressel. Geöffnet ist bis zum 15. April montags, dienstags und freitags von 14 bis 18 Uhr.

